

REGI	GRN DIA (ChR) KTC L/H	9
Datum	7.3.1	
Viz.	ChR mm L/H	
EDA	05.03.93	15
Ref.	P. B. 73. Young. O.	

Polit. Abteilung III  
EDA

P. B. 73. Ho. O. ✓  
MENSCHENRECHTSLAGE UND LAGE DER FLÜCHTLINGE IN SERBIEN, SANDŽAK,  
KOSOVO, VOJVODINA UND UNGARN

Bericht über die Mission des Bundesamtes für Flüchtlinge (EJPD) und des Koordinators für internationale Flüchtlingspolitik (EDA) vom 31.1.-11.2.1993



**Teilnehmer:**

- Markus-Alexander Antonietti, Diplomat. Mitarbeiter, Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik
- Suzanne Lilian Auer, Sektionschefin Hauptabteilung Asylverfahren, Bundesamt für Flüchtlinge
- Toni Bühler, Stv. Sektionschef Länderinformation und Lageanalysen, Bundesamt für Flüchtlinge

Bern, den 3. März 1993



INHALTSVERZEICHNIS

1.	<b>Allgemeines</b>	Seite 3
2.	<b>Menschenrechte in Rest-Jugoslawien</b>	Seite 4
2.1.	Einleitende Bemerkungen	Seite 4
2.2.	Sandžak - Allgemeine Menschenrechtssituation	Seite 4
2.2.1.	Der Einfluss der wirtschaftlich-sozialen Situation	Seite 5
2.3.	Kosovo - Allgemeine Menschenrechtssituation	Seite 6
2.3.1.	Der Einfluss der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen auf die Lebensgrundlagen der albanischen Bevölkerung	Seite 7
2.3.2.	Refraktion und Desertion von Kosovo-Albanern	Seite 9
2.3.3.	Folgerungen für die schweizerische Asyl- und Wegweisungspraxis	Seite 9
2.3.3.1.	Kosovo allgemein	Seite 9
2.3.3.2.	Deserteure und Refraktäre	Seite 11
2.3.3.3.	Rückführungen via Skopje (Mazedonien)	Seite 11
2.4.	Vojvodina - Allgemeine Menschenrechtssituation	Seite 12
3.	<b>Lage der Flüchtlinge in Rest-Jugoslawien</b>	Seite 13
3.1.	Verschlechterung der Situation in Serbien	Seite 13
3.2.	Zunehmender Druck auf den Sandžak und die Vojvodina	Seite 14
3.3.	Wenig Flüchtlinge im Kosovo	Seite 14
3.4.	Anregungen zur künftigen schweizerischen Flüchtlingspolitik	Seite 15
4.	<b>Lage im Flüchtlings- und Asylbereich in Ungarn</b>	Seite 15
4.1.	Ungarn und die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien	Seite 15
4.2.	Ein Auswanderungsland wird zum Einwanderungsland	Seite 15
5.	<b>Beilagen inkl. Verzeichnis</b>	Seite 17

## 1. Allgemeines

Asylsuchende aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien stellten, wie seit mehreren Jahren, auch 1992 die zahlenmässig stärkste Gruppe dar (6'262 Gesuche = ca. 35% aller Neueingänge). Der überwiegende Teil dieser Gesuchsteller, rund 90%, stammt aus Kosovo. Das Kriegsgeschehen - zunächst in Slowenien und Kroatien, gegenwärtig in Bosnien-Herzegowina - im ehemaligen Jugoslawien hat jedoch die Ereignisse in Kosovo seit fast zwei Jahren weitgehend aus den Medien und dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt. Es schien daher angezeigt, die Gegebenheiten vor Ort sowie insbesondere die Menschenrechtsslage in Kosovo und Serbien generell einem Augenschein zu unterziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Abklärungsreise lag auf einer Bestandaufnahme der Lage der Kriegsflüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die in Serbien und in Ungarn Aufnahme fanden.

Ziele der gemeinsamen Mission des Bundesamts für Flüchtlinge und des Koordinators für internationale Flüchtlingspolitik waren somit die folgenden:

- Überprüfung der gegenwärtigen Asyl- und Wegweisungspraxis des Bundesamts für Flüchtlinge angesichts der Menschenrechtsslage in Kosovo
- Überprüfung der Erkenntnisse des Bundesamts für Flüchtlinge bezüglich ethnisch albanischer Refraktäre und Deserteure der rest-jugoslawischen Bundesarmee
- Allfällige Auswirkungen für die von Flüchtlingsbewegungen aus den Kriegsgebieten besonders betroffenen Regionen (Stamm-Serbien, Sandžak, Kosovo, Vojvodina, Ungarn)

Die Delegation führte zu diesen Zwecken in Serbien, Sandžak, Kosovo, der Vojvodina und Ungarn zahlreiche Gespräche mit Vertretern von Behörden, politischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen, internationalen und humanitären Organisationen (vgl. Beilage 1). Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Unser spezieller Dank richtet sich an Herrn Benoît Junod, Chargé d'affaires, Schweizer Botschaft Belgrad, sowie insbesondere an Frau Regina Escher, erste Mitarbeiterin der Schweizer Botschaft Belgrad, deren tadellose Organisation und unermüdlicher Einsatz das Gelingen der Mission erst ermöglichten.

Dasselbe gilt für Herrn Botschafter Max Dahinden, Schweizer Botschaft Budapest, und Herrn Alexander Wittwer, zweiter Botschaftssekretär. Auch ihnen sei speziell gedankt.

## 2. Menschenrechte in Rest-Jugoslawien

### 2.1. Einleitende Bemerkungen

Die untenstehende Darstellung der Menschenrechtssituation im serbischen Teil des Sandžak sowie den ehemals autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina beruht auf folgenden Quellen Grundlagen: Stellungnahmen von Behörden, der Delegation von lokalen Menschenrechtsgruppen zur Verfügung gestellte Materialien, Informationen internationaler Organisationen vor Ort sowie persönliche Eindrücke des Verfassers. Im vorliegenden Bericht werden lediglich die von den angetroffenen Gesprächspartnern als wichtig erachteten Vorkommnisse angeführt. Gegebenenfalls werden einzelne Aspekte kommentiert oder in einen grösseren Zusammenhang gestellt. Eine umfassende und abschliessende Würdigung - mit Einbezug aller zur Verfügung stehenden Materialien - ist nicht Aufgabe dieses Berichts und wird im vorliegenden Fall auch nicht angestrebt.

### 2.2. Sandžak - Allgemeine Menschenrechtssituation

Gemäss offizieller Darstellung in Novi Pazar, dem Hauptort des Sandžak, herrsche im ganzen Gebiet Ruhe und gebe es keine besonderen Probleme. Diese Aussage erscheint ebenso verfehlt wie die in den meisten Presseerzeugnissen vorgenommene Abstempelung zum Spannungsgebiet schlechthin. Im Moment beschränken sich die Übergriffe auf die muslimische Bevölkerung im serbischen Sandžak im wesentlichen auf den **Distrikt Priboj**. Der folgenschwerste Zwischenfall ereignete sich - wie den Auflistungen des Komitees zum Schutz der Menschenrechte und Freiheiten Novi Pazar zu entnehmen ist - denn auch in diesem Distrikt: Am 22. Oktober 1992 entführen **serbische paramilitärische Gruppen** 18 muslimische Einwohner des Dorfes Mioce, Gemeinde Sjeverin (Priboj), und bringen diese kurze Zeit später in der Nähe der Stadt Višegrad Spa um. Denselben Gruppen - vor allem den Weissen Adlern - werden weitere Morde in diesem Distrikt vorgeworfen. Schliesslich scheint es - aus welchen Gründen auch immer - zu einzelnen Streitigkeiten zwischen serbischen und muslimischen Familien gekommen zu sein. **Erhöhte Spannungen** lassen sich somit bis anhin lediglich für die grenznahen Gebiete zu Bosnien-Herzegowina feststellen. Ein guter Teil der verzeichneten Übergriffe geht auf das Konto paramilitärischer Einheiten (Arkani, Weisse Adler), welche in bekannter Weise Furcht verbreiten und das Misstrauen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen schüren.

Zumindest im Distrikt Novi Pazar ist die **Bundesarmee** nicht mehr omnipräsent. Im Gegenteil, es sollen den Muslimen die militärischen Ausrüstungsgegenstände weggenommen worden sein, da die Armeeführung auch dieser Volksgruppe nicht mehr traue. Die noch letztes Jahr ein Problem darstellenden Zwangsrekrutierungen werden in keiner Weise thematisiert.

In der Hauptstadt Novi Pazar sind als äusseres Zeichen nur die Patrouillen der lokalen Miliz (Polizei) festzustellen, welche präventiv verstärkt worden zu sein scheinen. Obwohl einzelne Übergriffe dieser Polizeikräfte auf die vorwiegend muslimische Bevölkerung nicht ausgeschlossen werden können, führt das Menschenrechtskomitee für das Jahr 1992 lediglich zwei Zusammenstösse zwischen Polizisten und Jugendlichen an, deren nähere Umstände zudem unklar sind. Weitergehende behördlich-polizeiliche Massnahmen können im Zeitpunkt des Besuches nicht festgestellt werden. Menschenrechtsvereinigungen wie humanitär ausgerichtete Organisationen können gemäss eigener Aussage problemlos tätig sein. Am bekanntesten und besten organisiert ist **Merhamet**, die im November 1992 als humanitäre Organisation offiziell registriert wurde. Diese Gruppe kümmert sich um die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und nimmt sich sozialer Aufgaben in einem weiteren Sinn des Wortes an.

Im Sandžak wird die Pflege der muslimischen Geschichte und Tradition zugunsten serbischer Werte teilweise vernachlässigt. Die im vierten KSZE-Bericht von Anfang 1993 angeführte Zerstörung von Moscheen im Sandžak ist jedoch ein Fehler, welcher sich in die ansonsten zuverlässige KSZE-Berichterstattung eingeschlichen hat. Inwiefern es der Belgrader Zentrale somit "nur" um die Erhaltung des bisherigen serbischen Territoriums wie um eine Antwort auf muslimische Autonomiebestrebungen geht, wird die Zukunft weisen müssen. Bis anhin können im Sandžak weder die teilweise Einsetzung loyaler serbischer Behördenvertreter noch die obenstehenden Massnahmen als eigentliche "Serbisierung" des Gebietes bezeichnet werden. Die in allen Gesprächen immer wieder durchschimmernde Hauptproblematik scheint denn auch die Furcht der muslimischen Bevölkerung zu sein, dasselbe Schicksal wie die Muslime in Bosnien-Herzegowina zu erleiden.

### 2.2.1. Der Einfluss der wirtschaftlich-sozialen Situation

Die Probleme im (serbischen) Sandžak sind neben den generellen Spannungen zusätzlich diejenigen eines unterentwickelten (Berg-)Gebietes. Der Lebensstandard ist selbst im Vergleich zum übrigen Serbien niedrig. So beträgt das durchschnittliche Einkommen um 30 DM. Die Arbeitslosigkeit ist traditionell hoch und seit Jahren ein wichtiger Grund für die **Aus- und Abwanderung** aus diesem Gebiet. Diese sozial-wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen wie die (kriegerische) politisch-gesellschaftliche Entwicklung in weiten Teilen Exjugoslawiens führen zu einer latenten Spannung zwischen serbischen und muslimischen Einwohnern. Weder die (vorwiegend muslimische) Abwanderung noch die teilweise Ersetzung muslimischer Arbeitskräfte kann jedoch als "ethnische Säuberung" im bosnischen Sinne des Wortes bezeichnet werden.

Letzteres hängt teilweise mit dem in ganz Serbien festzustellenden Vorgehen gegen unbequeme und regimekritische Personen jeglicher Provenienz zusammen. Bezogen auf den Sandžak geht es in vielen Fällen um Angehörige der muslimischen demokratischen Aktion (SDA), der wichtigsten Partei im Sandžak, welcher separatistische Tendenzen unterstellt werden. Nicht zu übersehen sind jedoch auch im Sandžak verschiedenste Aspekte einer prozesshaften Verschlechterung der ohnehin über weite Strecken desolaten Situation.

### 2.3. Kosovo - Allgemeine Menschenrechtssituation

Die Zeichen der Trennung, der Ab- und Ausgrenzung, des Nebeneinanders von albanischer Mehrheitsbevölkerung und serbischer Minderheit sind unübersehbar und unüberhörbar. **Der Dialog zwischen den Politikern beider Seiten ist seit längerer Zeit unterbrochen.** Diese Situation hindert jedoch weder die albanischen Spitzenpolitiker und Parteienvertreter noch die serbischen "Verwalter" Kosovos, weiterhin unbeirrt an ihren in dieser Form kaum zu vereinbarenden Standpunkten festzuhalten. Momentan scheinen beide Seiten mit dem "open disagreement" und der Parallelgesellschaft in all ihren - noch darzustellenden - Facetten leben zu können. Die allgemeine Menschenrechtssituation ist in vielen Bereichen schlecht - wie in den letzten Jahren -, hat sich entgegen immer wieder gehörter Auffassung jedoch nicht dramatisch verschlechtert. Als zusätzlich belastendes Element kommt heute - aufgrund der traumatischen Ereignisse in Kroatien und Bosnien-Herzegowina - eine verstärkte Ungewissheit über die auch im Kosovo noch möglichen weiteren Entwicklungen hinzu. Obwohl vor allem bei den serbischen Behörden eine gewisse Spannung und Unsicherheit evident ist, äussert sich diese im Moment des Besuches der Delegation im Strassenbild kaum. Im Gegensatz zu den sehr unruhigen Winter- und Frühlingsmonaten der Jahre 1989 und 1990 sind die ehemals omnipräsenten verschiedenen Sicherheitskräfte, insbesondere die Sondereinheiten des Belgrader Innenministeriums, aus dem Strassenbild Kosovos verschwunden. Mehrere Gesprächspartner erklären diesen Sachverhalt mit dem Umstand, dass die Präsenz internationaler Organisationen und Delegationen in letzter Zeit zu einem weitgehenden Rückzug dieser Kräfte auf ihre Stützpunkte und (Polizei-)Posten geführt habe. In einem gewissen Grad seien deswegen auch die Übergriffe zurückgegangen. Häufige Kontrollen der Miliz finden dennoch an Ortsein- und Ausfahrten wie innerhalb der Orte statt. Neben der Identitätsüberprüfung werden aufgrund des äusseren Eindrucks offensichtlich vorwiegend Waffen gesucht. Zumindest der Kofferraum muss praktisch in allen Fällen geöffnet werden. Hingegen ist es in keiner beobachteten Anhaltung zu einem Übergriff oder einem Fehlverhalten der Polizei in einem weiteren Sinne des Wortes gekommen. Während des Aufenthaltes in Pristina konnten keine Übergriffe der in unterschiedlicher Bewaffnung patrouillierenden Milizionäre festgestellt werden.

In diesem Zusammenhang ist jedoch die Feststellung wichtig, dass auf dem ganzen Gebiet Serbiens gehäuft Personen- und Fahrzeugkontrollen vorgenommen werden. Ebenso hat (auch im Kosovo) eine Verquickung der verschiedenen Polizeistellen stattgefunden. Paramilitärische Kräfte, wie die Gruppe um Arkan, arbeiten mit der Polizei zusammen respektive treten als solche auf. Dass diese Gruppen ein Eigenleben führen und sich ihre "Gesetze" selbst machen, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Vertreter des Komitees zum Schutz von Menschenrechten und Freiheiten in Pristina führen im Gespräch wie in den täglich produzierten Bulletins im wesentlichen folgende Elemente der "täglichen, systematisierten und institutionalisierten Repression" an:

- Mitglieder des Komitees wie Angehörige politischer und humanitärer Organisationen hätten einen schweren Stand. Ihre Tätigkeiten würden behindert, oftmals würden Aktivisten misshandelt. In schwerwiegenden Fällen würden Gefängnisstrafen bis zu 60 Tagen verhängt. Gerade kürzlich sei beispielsweise der Vorsteher des Komitees in Vucitrn misshandelt worden.
- Anlässlich von Polizeikontrollen würden Albaner aus den verschiedensten Anlässen wie dem Besitz albanischer Zeitungen, Musikkassetten oder Literatur misshandelt. Ebenso würden bei Kontrollen wie Hausdurchsuchungen angeblich vorhandene Waffen gesucht. In diesem Zusammenhang seien vor kurzem mehrere Personen wegen Waffenschmuggels und -handels gerichtlich verurteilt worden.
- Während einer friedlichen Demonstration gegen die Einführung des serbischen Stundenplans seien zahlreiche Teilnehmer/innen malträtiert und verletzt worden.

Auf die ebenfalls im Menschenrechtskontext angeführten Vorbringen bezüglich Arbeitsplatz- und medizinischer Situation wird in Punkt 2.3.1. eingegangen.

Zu diesen exemplarisch und nicht abschliessend wiedergegebenen Auflistungen - sie sind in dieser unkommentierten Form auch in vielen Exilländern der Albaner erhältlich - drängt sich folgende Anmerkung auf: Der Menschenrechtsbegriff respektive die Menschenrechtsverletzung wird stark ausgeweitet und in einer diffusen Art und Weise für jede tatsächliche oder vermeintliche Ungerechtigkeit gegenüber Kosovo-Albanern verwendet. Zudem findet eine **offensichtliche Instrumentalisierung der Menschenrechte für politische Zwecke** (Autonomie, unabhängiges Kosovo) statt. Anders gesagt, sind die serbischen Übergriffe Grundlage und gleichzeitig Motivation für ein in irgendeiner Form aus dem Gebiet der ehemaligen Teilrepublik Serbien herausgelöstes Kosovo. Dies erklärt bis zu einem gewissen Grad, weshalb die durchaus vorhandene Möglichkeit, die polizeilichen Übergriffe mittels eines Anwalts einzuklagen, bisher nur sehr zurückhaltend wahrgenommen wird. Obwohl das besuchte Komitee als Fernziel angibt, in jeder Zweigstelle über einen Anwalt zu verfügen, wird dieses Anliegen offensichtlich nicht mit dem notwendigen Nachdruck verfolgt.

### 2.3.1. Der Einfluss der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen auf die Lebensgrundlagen der albanischen Bevölkerung

Pro memoria seien die folgenden statistischen Angaben noch einmal angeführt: 100'000 Kosovo-Albaner wurden von ihren Arbeitsplätzen entlassen, 800'000 stehen ohne Sozialleistungen da, und 500'000 Personen befinden sich im Ausland. Diese Zahlen nehmen sich, losgelöst von einem grösseren Kontext, eindrücklich aus. Ergänzend ist aber hinzuzufügen, dass Tausende von serbischen Arbeitnehmern ebenfalls ohne Arbeit oder aus Gründen fehlender Rohstoffe "vorübergehend freigestellt" sind.

Fabrikschliessungen erfolgen auch im Kosovo nicht in jedem Fall willkürlich, sondern auch weil die Arbeitsmaterialien oder schlicht die finanziellen Mittel fehlen. Darüber hinaus wirken sich die jahrelange ineffiziente Produktionsweise der Arbeiterselbstverwaltung, der Verlust der osteuropäischen Märkte, die allgemeine Wirtschaftsflaute wie auch das UNO-Embargo heute voll auf ein ohnehin strukturschwaches Gebiet wie Kosovo aus. Wirtschaftspolitische Sachzwänge stehen somit neben bewusst provozierten Entlassungen.

Nicht ohne Einfluss auf die Beschäftigungslage bleibt - in welcher Betrachtungsweise auch immer - die unverändert hohe Geburtenrate der albanischen Bevölkerung. Der vermeintliche, höchstens statistisch ausgewiesene kleine Rückgang wird von albanischer Seite ebenso propagandistisch ausgewertet wie die Höhe der Rate von serbischer politisiert wird. Diskussionen über diesen Sachverhalt fördern auf albanischer Seite unverblümt patriarchalisch-traditionelles Denken zu Tage und lassen kaum auf Veränderungsbereitschaft schliessen. Der oben angetönte, **auch wirtschaftlich motivierte Migrationsdruck** lässt sich objektiv gesehen nicht wegdiskutieren. Diese Feststellung hat mit einer oft angeführten "Politisierung der Geburtenrate" nichts zu tun.

Die wirtschaftlich-soziale Situation in Serbien verschlechtert sich schleichend. **Das seit jeher unterentwickelte Gebiet Kosovos nähert sich vor diesem Hintergrund "Drittwelt-Verhältnissen"**. Insbesondere davon betroffen sind die bidonvilleartigen Vorstadtsiedlungen im Grossraum Pristina. So ist es nicht erstaunlich, dass **für vergleichbare Gebiete typische hygienische Defizite** vorhanden sind und bei Kindern beispielsweise vermehrt wieder die Krätze auftritt. Dies ist kein Ergebnis der allgemein in Serbien herrschenden medizinischen Mangel- und Unterversorgung, sondern der Wohn- und Lebensverhältnisse wie z.B. im Pristinaer Heldenberg-Quartier. Ebendort befindet sich das wichtigste Parallelsital der Organisation Mutter Teresa, welches von entlassenen albanischen Ärzten und Krankenschwestern unterhalten wird. Aufgrund von Hilfslieferungen verschiedener humanitärer Organisationen sind die wichtigsten Medikamente vorhanden. Der Chefarzt führt offen an, dass aufgrund der Migration (Braindrain) nicht alle ärztlichen Chargen besetzt werden können und auch das Pflegepersonal einer erheblichen Fluktuation unterliege. Ansonsten befinden sich diese Strukturen im Aufbau und werden auch rege benützt.

Die oft gehörte Behauptung, Kosovo-Albaner könnten nicht mehr in ihre eigenen staatlichen Spitäler gehen, ist insofern unrichtig, als viele dem mehrheitlich serbischen Personal kein Vertrauen entgegenbringen und sich gar nicht von diesem behandeln lassen wollen. Ebenso spielen uralte glaubens- und traditionsbedingte Ängste und Vorbehalte gegenüber Impfungen und anderen medizinischen Präventivmassnahmen eine nicht unwichtige Rolle. Trotz allen Bedenken bezüglich der angetroffenen Spitalpolitik beider Seiten bleibt die Feststellung, dass das Mutter-Teresa-Spital vergleichbare Einrichtungen - zum Beispiel in Albanien - bei weitem übertrifft.



### 2.3.2. Refraktion und Desertion von Kosovo-Albanern

Die ehemalige Bundesarmee scheint sich im Moment in ihre relativ gut befestigten Kasernen zurückgezogen zu haben und allenfalls in den Grenzregionen zu Mazedonien und Albanien massiver präsent zu sein. Ebenso unterhält sie im Zentrum Pristinas die im letzten November in die Schlagzeilen geratene, gutbewachte Befehlszentrale. Die bis anhin gängigen diffus motivierten Truppenverschiebungen innerhalb Kosovos oder ein "übungsbedingtes" Auftreten ausserhalb der oben angeführten Orte konnten von der Delegation nicht festgestellt werden.

**Bezüglich der Mobilisationspraxis haben die verschiedenen Gesprächspartner praktisch identische Auskünfte erteilt.** In einem quantitativ nicht zuverlässig bestimmbar Umfang wird nach wie vor einberufen. Darüber hinaus finden sporadisch sogenannte Rekrutierungen sur place statt. Praktisch einstimmig wird jedoch die Ansicht vertreten, dass es den Militärbehörden in einem hohen Mass **nicht um militärisch motivierte Einberufungen, sondern um den Angst- und Vertreibungseffekt** geht. Anders gesagt, die militärische Mobilisation wird als Mittel eingesetzt, um Kosovo potentielle junge Kämpfer zu entziehen und um die ethnische Struktur zu Gunsten der serbischen Minderheit zu beeinflussen.

Die behördliche Reaktion auf die Refraktion ist denn teilweise auch halbherzig. Gemäss den Ausführungen des Menschenrechtskomitees Pristina finden nicht mehr in jedem Fall Nachforschungen über den möglichen Verbleib von Refraktären statt, auch wenn polizeiliche Nachforschungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden können. Systematisch-institutionalisiertes Vorgehen kann jedoch im heutigen Zeitpunkt ausgeschlossen werden. Bezüglich Verurteilungen haben sich keine Anhaltspunkte finden lassen, dass bis anhin Albaner gerichtlich belangt worden wären. Entsprechend ambivalent gegenüber der Militärfrage ist denn auch die Haltung offizieller albanischer Stellen: Es ist nicht mehr klar, ob sie den Mobilisierten das Einrücken oder die Auswanderung nahelegen sollen.

### 2.3.3. Folgerungen für die schweizerische Asyl- und Wegweisungspraxis

#### 2.3.3.1. Kosovo allgemein

Wie Punkt 2.3. dieses Berichts zum Ausdruck bringt, lässt sich die gegenwärtige allgemeine Situation in Kosovo mit dem Begriff "**labile Ruhe**" beschreiben. Jede Prognose über eine weitere allfällige Entwicklung bewegt sich angesichts der realen Gegebenheiten im rein spekulativen Bereich.

Feststeht, dass Repression der Kosovo-Albaner durch serbische Behörden, Institutionen und nationalistisch-paramilitärische Gruppierungen auf allen Ebenen und in vielfältiger Form vorkommt: Beschimpfungen, Schläge, Misshandlungen, Kontrollen, Beschlagnahmungen von Geld und Wertgegenständen. Diesen Benachteiligungen fehlen indessen in der Regel die vom schweizerischen Asylgesetz geforderten Kriterien der Gezieltheit und Intensität. Wie selbst Angehörige der direkt betroffenen Ethnie feststellen, handelt es sich in Kosovo nicht primär um eine gezielte Verfolgung des Individuums oder um eine generelle Verfolgung jeglicher Opposition, sondern vielmehr um einen Versuch der Unterbindung jeglicher Unbotmässigkeit. Dieser Umstand liegt nicht zuletzt darin begründet, dass Rest-Jugoslawien - wie die frühere SFR Jugoslawien - keine Spezialgesetzgebung für Menschenrechte kennt und die Bundesregierung über keinerlei diesbezügliche Kompetenzen verfügt. Der Menschenrechtsbereich ist vollumfänglich dem Gutdünken der einzelnen Republiken überlassen. Serbischer Willkür in Kosovo kann somit mit keinem übergeordneten Korrektiv begegnet werden.

Der oft gehörte Vorwurf, Kosovo solle serbisch kolonisiert und letztlich auf kaltem Wege ethnisch gesäubert werden, indem serbische Kriegsflüchtlinge auf Land und in Häusern von Albanern angesiedelt würden, ist in dieser Form nicht haltbar. Zum einen ist die Anzahl in Kosovo untergebrachter serbischer Kriegsflüchtlinge im Gesamtzusammenhang irrelevant (ca. 6'000 von rund einer halben Mio); zum andern werden ihnen Immobilien zugewiesen, die sich nach dem Exodus zahlreicher Serben aus Kosovo von Mitte bis Ende der 80er Jahre in Staatsbesitz befanden. Eine aktive Vertreibung der Kosovo-Albaner findet somit nicht statt.

Dies darf indessen nicht über folgende Tatsache hinwegtäuschen: die Lebensbedingungen in ganz Serbien verschlechtern sich namentlich durch den Krieg, die UNO-Sanktionen und den Zustrom von Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten generell. Dies zieht die Folge nach sich, dass parallel dazu der Lebensstandard in Kosovo weiter sinkt, was wiederum - unabhängig von der dortigen politischen Entwicklung - zu einer verstärkten Auswanderung führen dürfte.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

- Die Menschenrechtslage in Kosovo hat sich auf dem seit rund drei Jahren bekannten tiefen Niveau zementiert.
- Kosovo ist bisher nicht unmittelbar von der Kriegssituation betroffen.
- Es folgt daraus, dass kein Anlass dafür besteht, Kosovo-Albaner gruppenweise als Kriegs- oder Gewaltflüchtlinge vorläufig aufzunehmen. Die bisherige Praxis des BFF bei der Behandlung von Asylgesuchen kosovo-albanischer Gesuchsteller **beizubehalten**, erscheint unter der Voraussetzung, dass sich die allgemeine Situation nicht grundlegend verändert, **gerechtfertigt**.

### 2.3.3.2. Deserteure und Refraktäre

Obwohl die zuständigen Behörden zunächst Bereitschaft signalisiert hatten, eine Amnestie für Deserteure und Refraktäre zu verfügen, scheinen sich diesbezügliche Hoffnungen infolge allzu starker Opposition nun doch zu zerschlagen. In Erwartung dieser Amnestie wurde bisher eine Politik der Suspendierung entsprechender Gerichtsverfahren (z.B. rund 6'000 Fälle am Militärgerichtshof Belgrad, überwiegend ethnische Serben betreffend) betrieben. Es bestehen nun jedoch Anzeichen dafür, dass diese Verfahren zum Abschluss gebracht werden sollen.

Die bis anhin gefällten Urteile der Militärgerichtshöfe Belgrad und Niš betreffen Reserveoffiziere und bewegen sich im - zwar willkürlichen, aber nicht drakonischen - Strafrahmen zwischen 9 Monaten und 2 Jahren, d.h. weit unter den vom Gesetz her zulässigen Höchststrafen. Verurteilungen von Soldaten sind bisher keine bekannt.

Hinsichtlich dienstpflichtiger Kosovo-Albaner ist darauf hinzuweisen, dass sämtliche Kontaktpersonen den Eindruck schildern, dass diese Bevölkerungsgruppe während der letzten drei Jahre zusehends weniger häufig zum Militärdienst resp. zur Reserve einberufen wurde, was durch den Vertrauensschwund der serbisch dominierten Armeeführung begründet sei. Auch sollen albanische Deserteure und Refraktäre weit weniger zahlreich einer Anklage zugeführt worden sein.

Wie denn auch aus Punkt 2.3.2. dieses Berichts resultiert, basiert die Einberufungspraxis der serbischen Militärbehörden nicht in erster Linie auf der Absicht, Kosovo-Albaner systematisch zu erfassen und - im Verweigerungsfalle - zu bestrafen, sondern vielmehr darauf, ein Klima der Verunsicherung zu schaffen, dem sich die Betroffenen durch Auswanderung zu entziehen versuchen.

Da trotz aller angezeigten Relativierungen Rekrutierung/Mobilisation und allfällige gesetzliche Ahndung von Refraktion und Desertion nicht in jedem Falle ausgeschlossen werden können, drängen sich für die Praxis des BFF folgende Konsequenzen auf:

- In jedem Einzelfall ist die Glaubhaftigkeit der diesbezüglichen Vorbringen weiterhin sorgfältig zu prüfen.
- Ist sie gegeben, ergeht eine vorläufige Aufnahme i.S. des Bundesratsbeschlusses vom 18.12.1991; ist sie nicht gegeben, rechtfertigt sich auch weiterhin ein negativer Entscheid mit Wegweisung.

### 2.3.3.3. Rückführungen via Skopje (Mazedonien)

Aus bekannten Gründen erfolgen Rückführungen rechtskräftig abgewiesener Asylbewerber aus Kosovo seit geraumer Zeit via Skopje.

Berichte über Behelligungen oder Verhaftungen von abgewiesenen kosovo-albanischen Asylbewerbern an der mazedonisch-serbischen Grenze konnten bisher in keinem einzigen Fall bestätigt oder gar dokumentarisch belegt werden. Es entspricht auch nicht den Gepflogenheiten der mazedonischen Polizei, solche Personen der serbischen Polizei zu übergeben.

Hingegen sind rund 100 Fälle dokumentiert, in denen die mazedonische Flughafenpolizei Skopje bei Rückkehrern - also nicht in erster Linie abgewiesenen Asylbewerbern - Valutabeträge in unterschiedlicher Höhe willkürlich beschlagnahmt hat.

Im Lichte dieser Informationen ist zu schliessen:

- Die gegenwärtige Rückführungspraxis ist beizubehalten.

#### 2.4. Vojvodina - Allgemeine Menschenrechtssituation

Generell ist die Situation in der Vojvodina weniger gespannt als in den anderen sogenannten Krisengebieten Ex-Jugoslawiens. Eine gewisse Tradition des Zusammenlebens verschiedenster Volksgruppen und teilweise integrative politische Ansätze der Ungarn, der grössten Minderheitengruppe, mögen hauptsächlich dafür verantwortlich sein. Obwohl die staatlich kontrollierten Medien immer wieder Diffamierungskampagnen gegen die nichtserbischen Volksgruppen starten, gelingt es diesen, ihre Rechte im kulturell-gesellschaftlichen Bereich weitgehend zu erhalten. Anders als die Albaner haben die Ungarn und ihre Parteienvertreter an den Wahlen in Serbien teilgenommen und sind sowohl im serbischen Parlament vertreten wie auf lokaler Ebene an der Regierung mitbeteiligt.

Zu eigentlichen Vertreibungen ist es bis anhin lediglich im grenznahen Dorf Hrtkovci gekommen. Allerdings scheint in diesem Fall die "Schuldverteilung" nicht offensichtlich zu sein. Einerseits gelten vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen im benachbarten Kroatien eigene Gesetze, andererseits entziehen sich Abrechnungen zwischen nun mehr verfeindeten ethnischen Gruppen bis zu einem gewissen Grad staatlichen Einflussmöglichkeiten.

Als gesichert kann aufgrund der ausweichend-zurückhaltenden Äusserungen offizieller Stellen angesehen werden, dass Angehörige der ungarischen Minderheit im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil überproportional für die ehemalige Bundesarmee rekrutiert werden.

Die wirtschaftlich-soziale Situation verschlechtert sich aus den bekannten Gründen auch in der Vojvodina zusehends. Wie überall sind Minderheiten respektive kulturell-soziale Minderheitenprogramme jeglicher Art zuerst davon betroffen.

### 3. Lage der Flüchtlinge in Rest-Jugoslawien

#### 3.1. Verschlechterung der Situation in Serbien

Nach eineinhalb Jahren Bürgerkrieg und nach acht Monaten seit Verhängung der Sanktionen befindet sich Rest-Jugoslawien in einer schweren Krise. Die Wirkungen des Embargos schlagen vor allem auf die sozial Benachteiligten durch und erschweren die Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Die **serbischen Behörden und das UNHCR haben bisher 463'000 Flüchtlinge registriert, davon 145'000 in der Vojvodina und 6'500 im Kosovo (Beilage 6, mit den Zahlen des UNHCR von Januar 1993).** Der serbische Flüchtlingskommissar rechnet mit 10 - 20 Prozent von nichtregistrierten Flüchtlingen und weist auf den hohen Anteil von Nichtserben - jeder fünfte Flüchtling ist nicht serbischen Ursprungs - hin. Hauptgrund der hohen Rate von nicht-registrierten Flüchtlingen ist die Angst vor der Einberufung in den Militärdienst, insbesondere bei Muslims aus dem Sandžak. Der Anteil Vertriebener (DP) pro Einwohner ist im Verlaufe des Jahres 1992 stetig angestiegen. Er beträgt für

Serbien	1: 19	(5.85 Mio Einwohner/310'000 DP)
(ohne frühere autonome Provinzen)		
Vojvodina	1: 14	(2.05 Mio Einwohner/145'000 DP)
Kosovo	1:320	(2.00 Mio Einwohner/6'500 DP)
Montenegro	1: 10	(0.65 Mio Einwohner/64'000 DP)

Die **zu über 90 Prozent bei privaten Familien untergebrachten Flüchtlinge** werden für ihre Gastgeber zu einer immer schwereren Belastung. Wie soll die zusehends in Drittweltzustände abdriftende Gesellschaft Rumpfjugoslawiens die Vertriebenen auf längere Sicht unterhalten? Im Gegensatz zu Kroatien und Slowenien ist humanitäre **bilaterale Hilfe eine rare Erscheinung** in Rest-Jugoslawien. Die internationale Hilfe wird nach einem festgelegten Zahlenschlüssel (**Beilage 7**) geleistet und Serbien/Montenegro erhält derzeit 19,2 Prozent aller Zuwendungen.

Der Flüchtlingskommissar der serbischen Regierung verdankt die schweizerische bilaterale Hilfe, weist aber darauf hin, dass besonders **im medizinischen Bereich grosse Lücken** bestehen. Mit seinen beschränkten Mitteln in lokaler Währung sieht er spätestens **ab Ostern eine wesentliche Verschlechterung der Lage der Flüchtlinge in Rest-Jugoslawien** voraus.

Selbst bei einer, kaum zu erwartenden, mittelfristigen Verbesserung der Lage wird die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen in Serbien/-Montenegro aus den folgenden Gründen zunehmen:

- seit dem Wiederaufflackern der Kämpfe zwischen Serbien und Kroatien in der Krajina ist die Unsicherheit der Serben in den "pink zones" (von Serben besetzte kroatische Gebiete ausserhalb des Mandates der UNPROFOR) gewachsen;

- von serbisch/montenegrinischen Randregionen ist eine "indirekte Migration" zu den Zentren (vor allem nach Belgrad mit seinen über 120'000 registrierten Flüchtlingen) zu beobachten;
- aus dem Ausland erfolgt eine verstärkte (Zwangs)Rückwanderung.

Die von den Sanktionen hart betroffene serbische Bevölkerung sieht, bei aller bisher gezeigten Solidarität, die Flüchtlinge zusehends als Sündenböcke für die missliche Lage.

### 3.2. Zunehmender Druck auf den Sandžak und die Vojvodina

Die erbitterten Kämpfe entlang der Drina zwischen Muslims und Serben haben viele Flüchtlinge in den Sandžak getrieben. Die mehrheitlich muslimisch bewohnte Region bildet eine natürliche Brücke zwischen Bosniaken und Albanern. Während unseres Aufenthaltes treffen 1'500 Vertriebene aus Trebinje (Bosnien) ein, welche vorderhand, bis zum Beginn des Ramadan, in der Moschee von Rožaje aufgenommen werden.

Ein Augenschein in einem Flüchtlingslager am Stadtrand von Novi Pazar verdeutlicht die kritische Lage (Unterkunft, fehlende medizinische Versorgung) der geflüchteten Muslims. **Die Aktion "Gemeinden gemeinsam" der Berner Gemeinden für den Sandžak** wird von serbischer wie von muslimischer Seite begrüsst.

Als relativ wohlhabende frühere autonome Provinz sieht sich die Vojvodina seit den erneuten Kämpfen in der Krajina mit zunehmenden Problemen konfrontiert. Ohne die geographisch günstige Lage an der Grenze zu Ungarn (kein Visum notwendig) wäre die Lage sicher noch schlimmer. **Die 145'000 registrierten Flüchtlinge, davon 100'000 aus Bosnien-Herzegovina, bereiten wie in Serbien bei der Einschulung und gesundheitlichen Versorgung enorme Probleme.** Die delikate ethnische Zusammensetzung der Vojvodina (Serben 55,8 Prozent, Ungarn 21,7 Prozent, Kroaten 7,1 Prozent, Slowaken 3,4 Prozent, Montenegriner 2,5 Prozent, Rumänen 2 Prozent) wird durch die Vertriebenen verändert. Die zunehmende Flüchtlingsbelastung der Vojvodina - ebenso wie diejenige im Sandžak - ist allerdings eher eine logische Konsequenz des fortdauernden Bürgerkriegs als ein bewusst geplanter Versuch der Veränderung des "ethnischen Gleichgewichts". Das Engagement der Verantwortlichen für Flüchtlinge und Vertriebene der Konflikte in Kroatien und Bosnien-Herzegowina ist in der Vojvodina bis jetzt überdurchschnittlich.

### 3.3. Wenig Flüchtlinge im Kosovo

Mit 6'500 registrierten Flüchtlingen auf zwei Millionen Einwohner wird Kosovo bisher vom Flüchtlingselend kaum betroffen. Serbische Vertriebene weigern sich ohnehin, in die im Ausnahmezustand lebende frühere autonome Region zu ziehen. **Die wenigen Flüchtlinge sind durchwegs Muslims, der Löwenanteil albanischen Ursprungs.** Im Gegensatz zu ihren Amtskollegen in Belgrad und Novi Sad hat die serbische Flüchtlingskommissarin in Pristina die Situation unter Kontrolle. Angesichts der labilen Ruhe in der Region sind keine grösseren kurzfristigen Flüchtlingsbewegungen in Richtung Kosovo zu erwarten.

### 3.4. Anregungen zur künftigen schweizerischen Flüchtlingspolitik

Die schweizerische humanitäre Hilfe (bisher rund 50 Mio Franken im ehemaligen Jugoslawien) ist in Serbien nur sporadisch zum Einsatz gelangt. Angesichts der schwierigen Lage der Flüchtlinge in Serbien erscheint eine Umverteilung von Mitteln weg von Aufnahmeaktionen hin zu vermehrter Hilfe vor Ort vertretbar. Der Augenschein hat - einmal mehr - den Beweis erbracht, dass mit Hilfe vor Ort wesentlich mehr Menschen geholfen werden kann. Im Sinne einer ausgeglichenen, neutralen Haltung gegenüber dem Flüchtlingseiland besteht Handlungsbedarf in Rest-Jugoslawien.

## 4. Lage im Flüchtlings- und Asylbereich in Ungarn

### 4.1. Ungarn und die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien

Ungarn beherbergt nach Angaben des UNHCR derzeit **schätzungsweise 40'000 Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien**. Davon leben 4'320 Personen in Lagern (ehemalige Armeekasernen) im Süden, nahe der Grenze zur Vojvodina. Die Kriegsflüchtlinge sind mehrheitlich aus Bosnien-Herzegowina geflüchtete Kroaten. Aus dem Gespräch im Innenministerium mit den ungarischen Flüchtlingskoordinatoren gilt es die folgenden Punkte hervorzuheben:

- Budapest würde "sichere Zonen" für Flüchtlinge innerhalb von Bosnien-Herzegowina der Aufnahme in Drittländern vorziehen;
- als direkter Frontstaat wird Ungarn überproportional beansprucht, eine Lösung im europäischen Rahmen ist nach wie vor wünschenswert;
- wegen der ungarischen Minderheit in der Vojvodina denkt Ungarn auch weiterhin nicht an die Einführung der Visumpflicht für Bürger aus Restjugoslawien.

In Zusammenarbeit mit dem Hochkommissar für Flüchtlinge hat Ungarn mit dem "safe return" von Vertriebenen nach Kroatien begonnen. Eine trilaterale Kommission regelt das Vorgehen. (Beilage 8 gibt einen Überblick im Hinblick auf die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien).

### 4.2. Ein Auswanderungsland wird zum Einwanderungsland

Ungarn unterzeichnete die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 im März 1989, allerdings mit der geographischen Einschränkung des Geltungsbereiches auf Europa. **Die Lage im benachbarten Rumänien hat eine grosse Zuwanderung von ungarischstämmigen Flüchtlingen bewirkt**, so leben heute gegen 30'000 Rumänen in Ungarn - 2'800 davon als anerkannte Flüchtlinge.

Im vergangenen Jahr beantragten 5'547 europäische Gesuchsteller politisches Asyl in Ungarn. Aufgeteilt nach Ländern ergibt sich folgendes Bild:

4'364 Jugoslawen  
844 Rumänen  
100 Ukrainer  
47 Russen

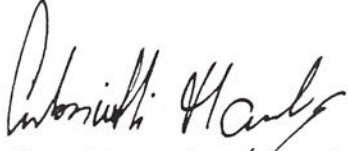
Die Anerkennungsrate liegt bei 8,5 Prozent; 472 anerkannte Asylgesuchsteller im Jahre 1992. (**Beilage 9** gibt einen Abriss der Entwicklung im Asylbereich seit 1989). Die Ungarn verfolgen mit Unbehagen die Ereignisse im Asylbereich in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik

Deutschland, und vermuten, nach Abschottung der Grenzen im Westen vom verstärkten Migrationsdruck aus dem Osten erfasst zu werden. Einer Rückführung abgewiesener rumänischer Asylbewerber aus Deutschland via Landweg steht Ungarn ablehnend gegenüber, da ein Untertauchen im eigenen Land befürchtet wird.

Offene Fragen stellen sich im Zusammenhang mit Asylgesuchstellern aus der Dritten Welt. Der ungarische Flüchtlingskoordinator räumt der Zusammenarbeit im Rahmen des Berliner-Prozesses zur Bewältigung unkontrollierter Wanderungsbewegungen viel Bedeutung ein. Die Einreise von Staatsbürgern aus Drittstaaten via Flugzeug aus Bulgarien und Rumänien wird in Zukunft erschwert, und Rückübernahmeabkommen mit Oesterreich, Rumänien und Bulgarien sind bereits abgeschlossen respektive in Verhandlung. Als zentrale Sorge entpuppt sich die Furcht der Ungarn zwischen den westeuropäischen Hammer (strikte Abschottung der Grenzen im Westen) und den osteuropäischen Amboss (Migrationsdruck durch höheren Lebensstandard gegenüber den Nachbarn) zu geraten. Realistischerweise wird Rumänien Hauptquelle der Migration nach Ungarn bleiben. Eine Wanderungsbewegung aus den GUS-Staaten via die Ukraine oder Polen dürfte kurz- bis mittelfristig nur sekundär ins Gewicht fallen. Aufmerksamkeit erheischt die Entwicklung in der Slowakei mit ihrer grossen Minderheit ethnischer Ungarn. (**Beilage 10** gibt eine Uebersicht zu den ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten)

  
Suzanne L. Auer

  
Toni Bühler

  
Markus-Alexander Antonietti



## 5. Beilagen

### Verzeichnis

- Beilage 1: Liste der kontaktierten Personen und besuchten Orte/Institutionen
- Beilage 2: Karte: Muslime im ehemaligen Jugoslawien
- Beilage 3: Karte: Répartition ethnique dans le Sandzak
- Beilage 4: Karte: Kosovo und seine ethnische Gliederung - ethnische Grenzen der Albaner
- Beilage 5: Karte: Nombre de réfugiés et de personnes déplacées dans l'ex-Yougoslavie (décembre 1992)
- Beilage 6: Tabelle: Refugees and displaced persons within former Yugoslavia
- Beilage 7: Tabelle: Beneficiary Population in former Yugoslavia
- Beilage 8: Asylverfahren und Flüchtlinge in Ungarn
- Beilage 9: Refugees in Hungary (1989 - 1992)
- Beilage 10: Siedlungsgebiete ethnischer Ungarn
- Beilage 11: Zeitungsartikel über die Mission mit Uebersetzung
- Beilage 12: dito
- Beilage 13: dito
- Beilage 14: dito
- Beilage 15: dito
- Beilage 16: dito

## Beilage 1

LISTE DER KONTAKTIERTEN PERSONEN UND BESUCHTEN ORTE/INSTITUTIONEN**Sonntag, 31.1.1993**

Flug Zürich-Budapest, Busfahrt Budapest-Belgrad

**Montag, 1.2.1993: Belgrad**

Benoît Junod, Chargé d'affaires, und Regina Escher, 1. Mitarbeiterin, Schweizerische Botschaft

Dobrica Vulović, Flüchtlingskommissar der Republik Serbien

Miroslav Mirović, Aussenministerium der Republik Serbien

Milislav Čogurić, Justizministerium der Republik Serbien

Björn Wakman, Field Officer UNHCR für Sandjak und Kosovo

Laurens Jolles, Legal Officer und Vice-Chief of Mission UNHCR

Gert Westerveen, Head of Field Office Novi Sad UNHCR

Judith Kumin, Chief of Mission UNHCR

Vesna Pesić, Sonja Biserko, Center for Anti-War Action

Abendessen bei B. Junod mit: Konstantin Obradović, Bundes-Vizeminister für Menschen- und Minderheitenrechte, Kare Eltervaag, KSZE-Mission Belgrad, Ivan Janković, Rechtsanwalt, Peter und Dušica Stöcklin, Delegationschef der International Federation of Red Cross

**Dienstag, 2.2.1993: Belgrad**

Milislav Čogurić, Justizministerium der Republik Serbien

Vojislav Milenković, Aussenministerium der Republik Serbien

Aleksandar Radovanović, Flüchtlingskommissariat der Republik Serbien

Konstantin Obradović, Bundes-Vizeminister für Menschen- und Minderheitenrechte

Thomas Schmitt, Kulturreferent Deutsche Botschaft, Klaus Wendelberger, Kanzleirat Deutsche Botschaft

Ivan Janković, Rechtsanwalt

Ursula Eugster, Stv. Leiterin der IKRK-Delegation

Kare Eltervaag, KSZE-Mission Belgrad

**Mittwoch, 3.2.1993: Novi Pazar (Sandjak)**

Fahrt via Kruševac und Kraljevo nach Novi Pazar

K. Jovanović, Bürgermeister von Novi Pazar

Besuch eines Flüchtlingszentrums in Novi Pazar

Botschafter Bogner, Robert Hand, Jörn Ludvigsen, KSZE-Mission Sandjak

Vasfija Gusinac, Safet Bandžović, Munir Poturak, Muslim National Council of Sanjak/Committee for the Protection of Human Rights and Freedom/Merhamet

**Donnerstag, 4.2.1993: Prishtina (Kosovo)**

Fahrt via Kosovska Mitrovica nach Prishtina

Philippe Hahn, Venjamin Karacostanoglu, Torsten Petrė, Daniel Droulers, KSZE-Mission Kosovo

Fatmir Sejdiu, LDK-Präsidiumsmitglied und Parlamentsabgeordneter der Republik Kosovo

Skender Kastrati, LDK-Präsidiumsmitglied und Parlamentsabgeordneter der Republik Kosovo

Hivzi Islami, Präsident der Bauernpartei Kosovos

Rifat Blaku, Präsidiumsmitglied der Parlamentarischen Partei Kosovos und Parlamentsabgeordneter der Republik Kosovo

Pjetër Rrapi, Generalsekretär der Christdemokratischen Partei Kosovos

**Freitag, 5.2.1993: Prishtina**

Miloš Simović, Präfekt der Provinz Kosovo

Frau Simić, Flüchtlingskommissarin für Kosovo

Helena Suglić, Justizministerium Kosovo

Sveta Djurdjević, Sicherheits- und Polizeichef Kosovo

Frau Milojević, Stv. Informationsministerin Kosovo

Ibrahim Rugova, Präsident der Republik Kosovo und Präsident der LDK

Hidajet Hyseni, Stv. Präsident Council for the Defense of Human Rights and Freedom Prishtina, Sami Kurteshi, Hamit Mehmeti, Mitglieder des Council

Besuch des Ambulatoriums "Nena Tereza", Kodra ë Trimave, Prishtina (Dr. Gani Demolli, Dr. Muharrem Salihu)

**Samstag, 6.2.1993**

Fahrt via Niš nach Belgrad

**Sonntag, 7.2.1993: Belgrad**

Brunch mit Nicolas de Rougemont, IKRK-Delegierter für Kosovo, und B. Junod, Chargé d'affaires

**Montag, 8.2.1993: Novi Sad (Vojvodina)**

Fahrt nach Novi Sad

Milan Lučić, Provinzsekretär für Information

Sima Teofanov, Flüchtlingskommissar für Vojvodina

Ferenc Deak, Provinzsekretär für Menschenrechts- und Minderheitenfragen

Lech M. Skibinski, KSZE-Mission Subotica

Dragica Borožan, Generalsekretärin Rotes Kreuz Vojvodina

Prof.Dr. B. Vuković, Chef Medikamentenverteilung Rotes Kreuz Vojvodina

Frau Simka, Informationschefin Rotes Kreuz Vojvodina

Besuch des Flüchtlingszentrums Andrevlje bei Beočin (Vojvodina)

**Dienstag, 9.2.1993**

Zugfahrt Belgrad-Budapest

**Mittwoch, 10.2.1993: Budapest**

Alexander Wittwer, 2. Sekretär, Schweizerische Botschaft

Herr Marton, Malteser Orden Ungarn

J.P. Cavalieri, Protection Officer UNHCR

Zoltan Szilagy, International Relations Officer, Innenministerium der Republik Ungarn, Flüchtlingsamt

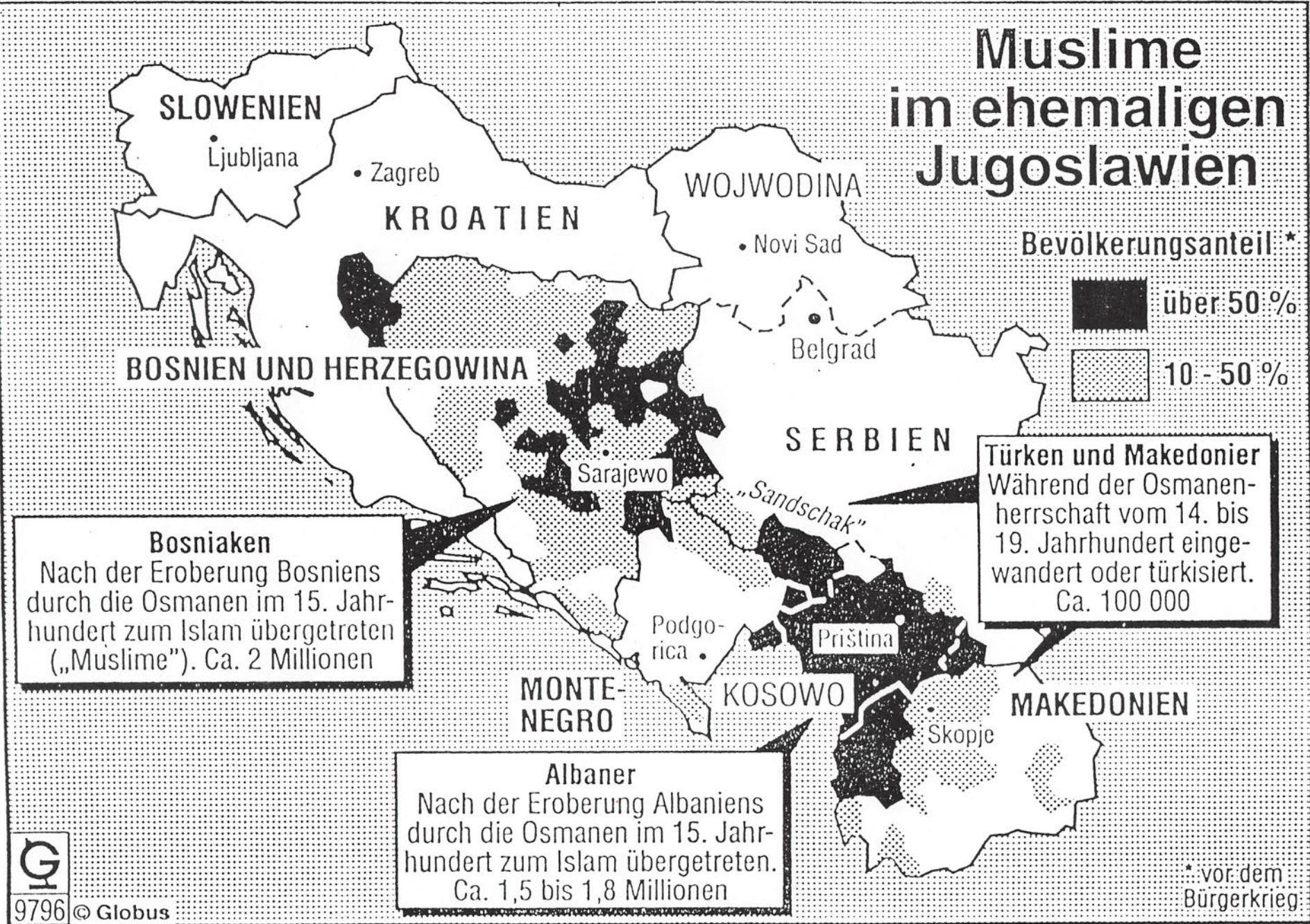
Andrea Hrivnak, Innenministerium der Republik Ungarn, Flüchtlingsamt

Botschafter Max Dahinden, Schweizerische Botschaft

**Donnerstag, 11.2.1993**

Rückflug Budapest-Zürich

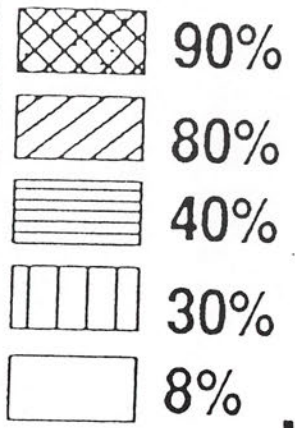
# Muslime im ehemaligen Jugoslawien



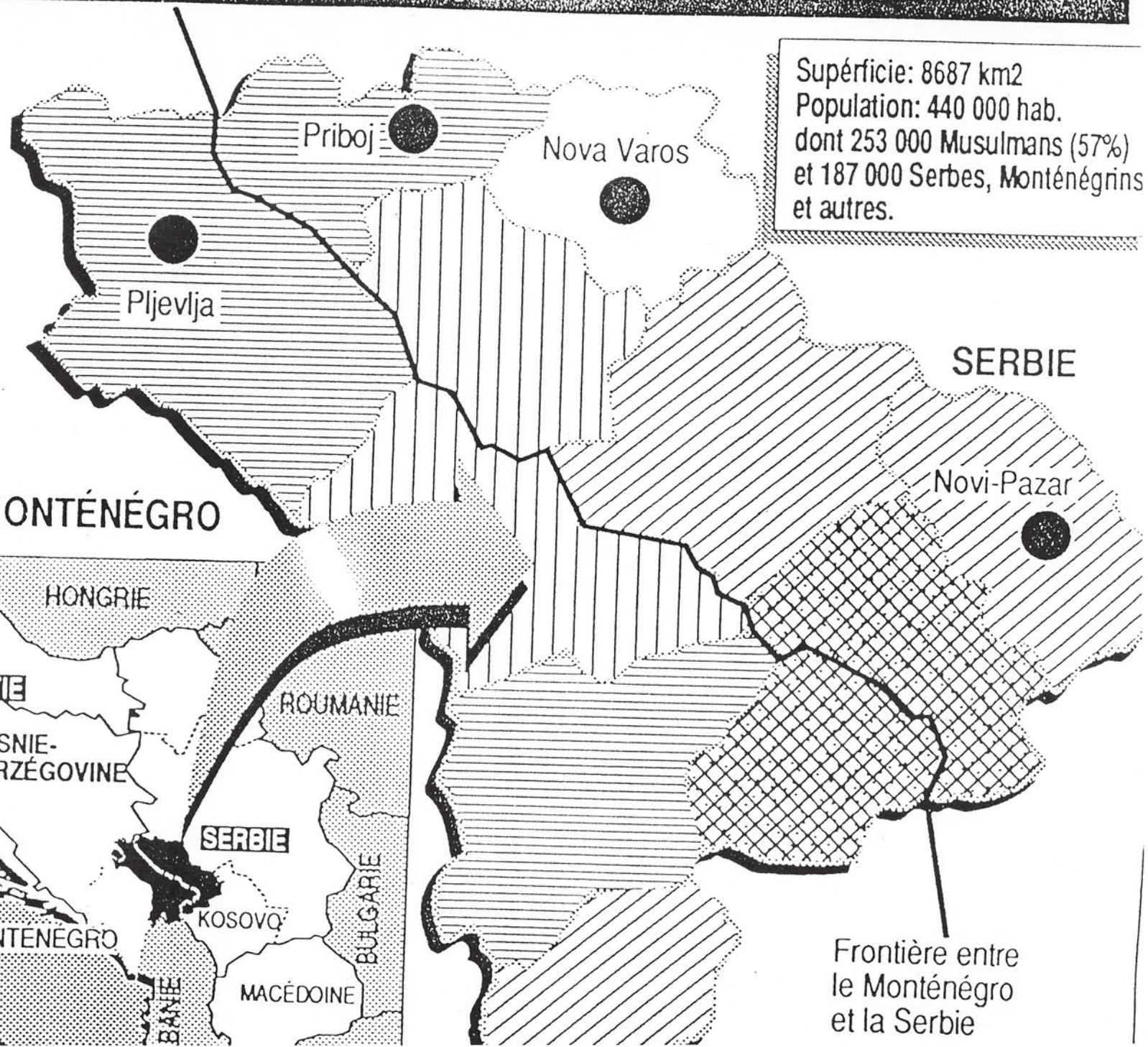
# Repartition ethnique dans le Sandzak

Beilage 3

Population musulmane

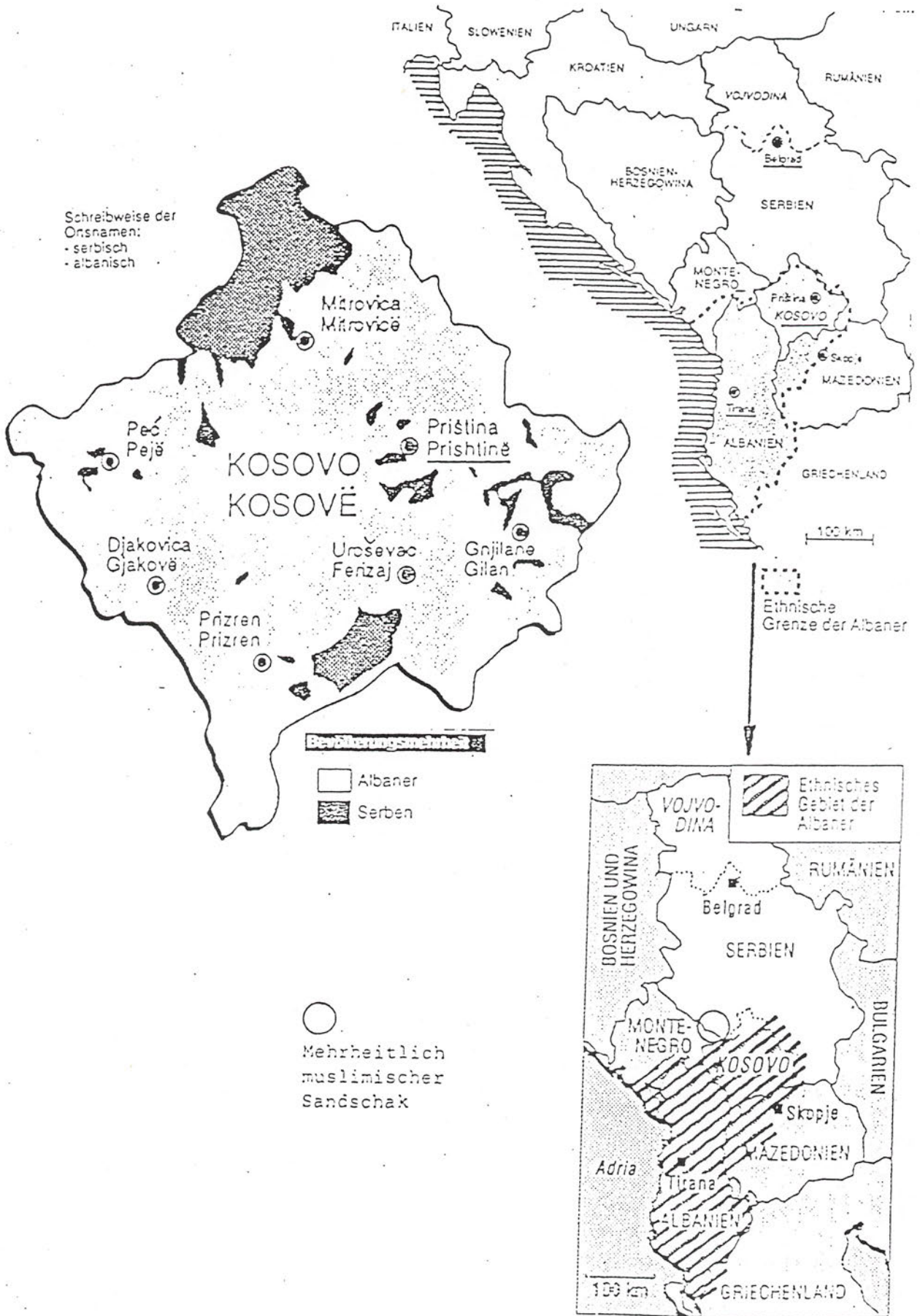


Supérficie: 8687 km<sup>2</sup>  
 Population: 440 000 hab.  
 dont 253 000 Musulmans (57%)  
 et 187 000 Serbes, Monténégrins  
 et autres.

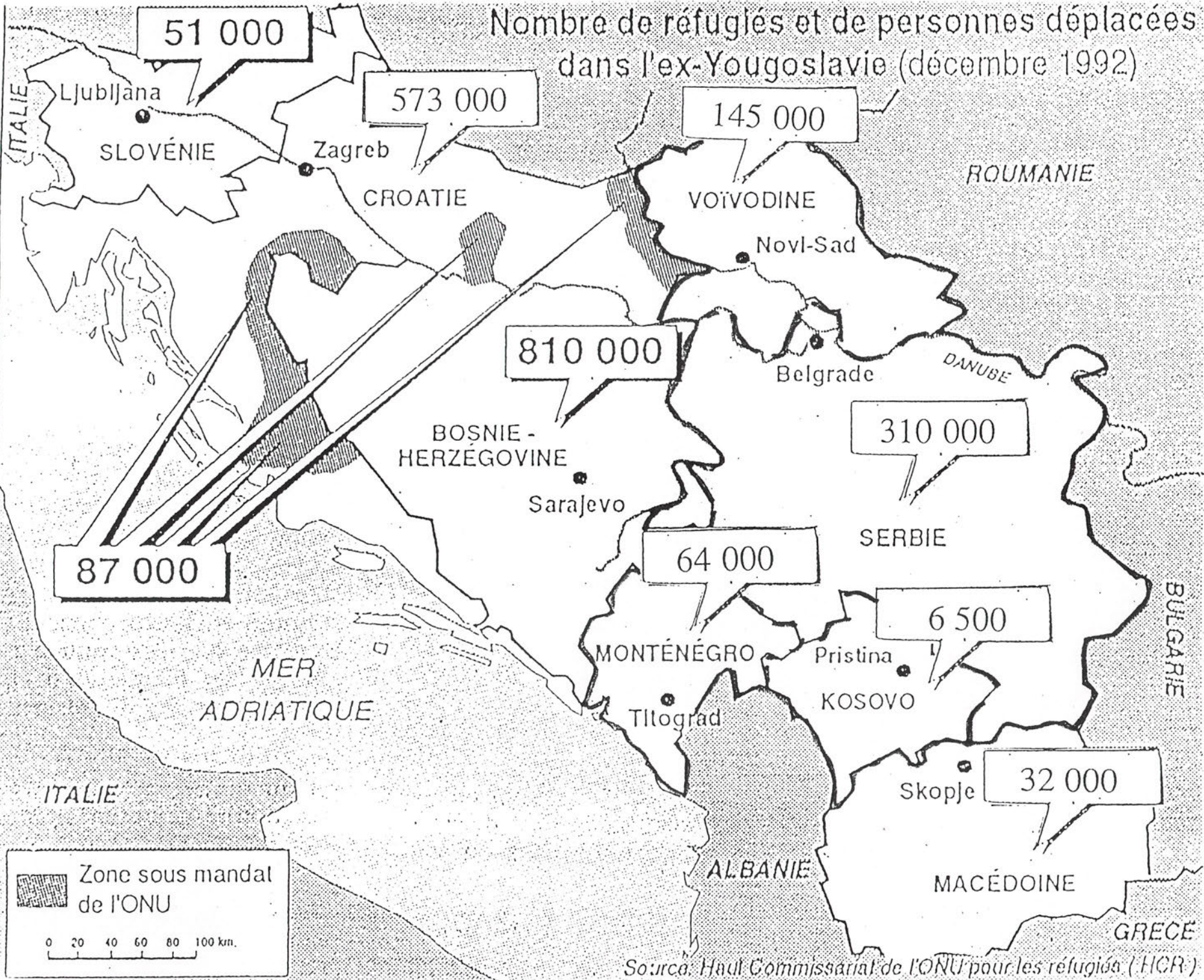


Frontière entre le Monténégrro et la Serbie

# K O S O V O UND SEINE ETHNISCHE GLIEDERUNG ETHNISCHE GRENZEN DER ALBANER



# Nombre de réfugiés et de personnes déplacées dans l'ex-Yougoslavie (décembre 1992)



Voïvodine	145000
Kosovo	6500
	151500
Total ré-	
fug. Serbie	462000
=====	

Source: Haut Commissariat de l'ONU pour les réfugiés (HCR)



## Refugees and displaced persons within former Yugoslavia

Present Location	From Croatia	From Bosnia and Herzegovina	Total
Croatia	253,000	288,000	573,000 * R
UNPAs	87,000	-	87,000 E
Serbia	167,000	296,000	463,000 R
Bosnia and Herzegovina	70,000	740,000	810,000 E
Montenegro	7,000	57,000	64,000 R
Slovenia	2,000	48,000	50,000 R
Macedonia	3,000	29,000	32,000 R
<b>GRAND TOTALS</b>	<b>589,000</b>	<b>1,458,000</b>	<b>2,079,000 **</b>

R - REGISTERED      E - ESTIMATED

\* includes 32,000 registered refugees from other republics of former Yugoslavia

\*\* does not include some 976,000 persons also assisted by UNHCR

Remarks:

A. All figures are rounded to the next thousand

B. Source of information:

Croatia - Office for displaced persons and refugees (ODPR)

UNPAs - UNHCR Offices

Serbia - Serbian Red Cross (through UNHCR Office in Belgrade)

Bosnia and Herzegovina - UNHCR Offices

Montenegro - Montenegrin Red Cross (through UNHCR Office in Belgrade)

Slovenia - Slovenian Red Cross (through UNHCR Office in Ljubljana)

Macedonia - Macedonian Red Cross (through UNHCR Office in Skopje)

22 January 1993



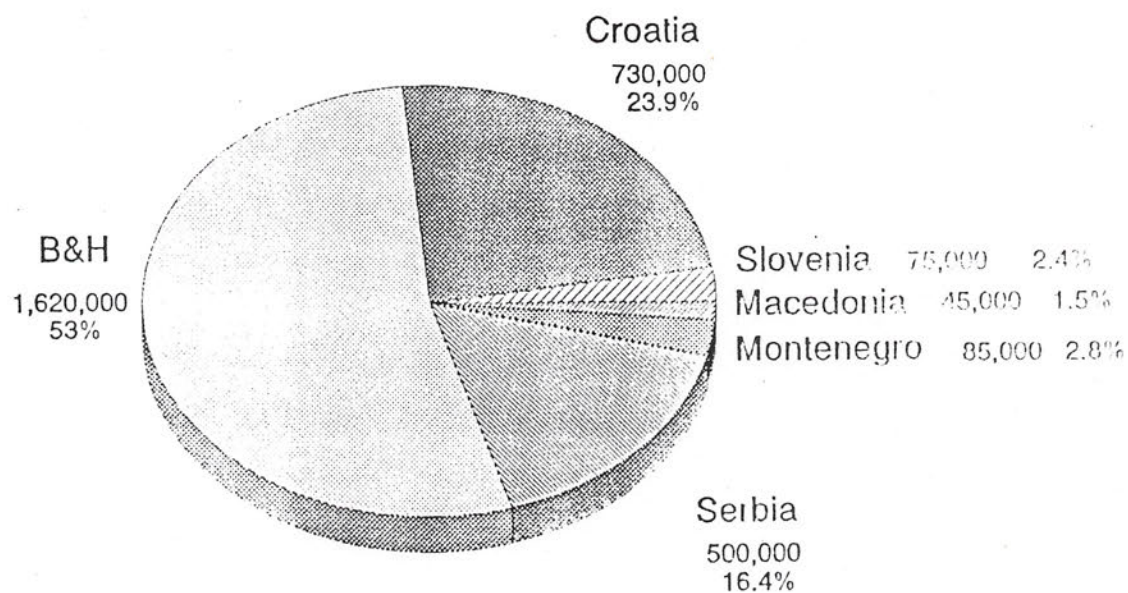
UNHCR Office of the Special Envoy for former Yugoslavia

External Relations Unit

Kupaska 2, 41000 Zagreb, Croatia, phone: 38-41 613-266, fax: 38-41 530-101, 38-41 530 990

## Beneficiary Population in former Yugoslavia

Country / Republic	Population	Percent (%)
Slovenia	75,000	2.4
Croatia	730,000	23.9
Bosnia and Herzegovina	1,620,000	53.0
Serbia	500,000	16.4
Montenegro	85,000	2.8
Macedonia	45,000	1.5
<b>TOTAL</b>	<b>3,055,000</b>	<b>100.0</b>



UNHCR Office of the Special Envoy for former Yugoslavia

External Relations Unit

Kupska 2, 41000 Zagreb, Croatia, phone: 38-41 613 266, fax: 38-41 522 191

## 2.8 Hungary

**- p r o c e d u r e**

Those who request for refugee status are allowed to enter the asylum procedure in accordance with national refugee legislation. Persons who arrive from former Yugoslavia receive temporary protection if they request it. Additionally, an estimated number of 20'000 citizens of former Yugoslavia remain in Hungary without registering with the governmental authorities. Since no visa requirements exist, they may stay up to one month in the country without residence permit. After that period, they should request an authorization for their extended stay in the country, which is automatically renewed by the competent authorities as long as they are able to provide for themselves financially. The Government of Hungary has agreed to accept up to 500 ex-detainees in transit to third countries. Family members are allowed to join the ex-detainees in transit.

**- s t a n d a r d s**

Beneficiaries of temporary protection receive full care and maintenance in form of food coupons; coupons for hygienic and toiletry items and heating allowances. Education is provided for children in schools in their mother tongue. General health services are provided. Beneficiaries of temporary protection have the right to work.

**- v i s a p o l i c y**

Visas are not required of holders of passports issued by the Socialist Federal Republic of Yugoslavia or of holders of Croatian or Slovenian passports. Holders of Croatian or Serbian foreigners passports issued by the authorities of these countries to refugees from Bosnia and Herzegovina who wish to travel to a third country are required to have visas to a third country to enter Hungary.

**- f i g u r e s**

Persons accommodated in centers:	4.320
Privately accommodated:	8.000 - 10.000
Estimated unregistered stay	20.000

REFUGEES IN HUNGARY

(1989 -1992)

## I.

HISTORICAL BACKGROUND: HOW A COUNTRY OF ORIGIN HAS BECOME  
A COUNTRY OF ADMISSION

Hungary has collected significant experiences in the field of emmigration and immigration. The political events and the economic difficulties have forced hundreds of thousands for migration throughout its tormented history. At the same time, the traditional hospitality, the readiness to help and the sympathy towards the resourceless by the Hungarians as well as the geographical location of the country can serve as an explanation why Kumans, Jews, Poles, Greeks and other peoples who had looked for shelter could find new home and living in Hungary.

During the period between the beginning of the Second World War and 1987, Hungary, similarly to other Central-and Eastern-European countries, was a contry of origin of refugees. The admission of asylum seekers was done by political decision exclusively, without any background of legal regulation and institution for refugees.

The refugees, mainly ethnic Hungarians from Romania, who had, as of 1987, fled to Hungary started the process as a result of which Hungary, a country of origin, became a

- 2 -

country of admission by the '90s. As a first step of the legal foundation of the institutional system for refugees, the Council of Ministers, under the authorization of Parliament, had created, in the spring of 1988, a so-called Settlement Fund for the accomodation and support of refugees with a budget for their most substantial expenditures. Having recognized that the admission and support of refugees was a long-term problem related to refugees in general and not only to ethnic Hungarians, in 1989, Hungary acceded to the Convention Related to the Status of Refugees of Geneva, 1951 and its Protocol of New York, 1967. Following its accession, legal regulations for refugees were put into force which led to the creation of their institutional system.

In the spring of 1989, within the Ministry of Home Affairs, the Office for Refugees was set up. It supervises and directs its five branch offices all over the country processing the applications for refugee status. At the same time, it is also the trustee of the Settlement Fund on behalf of the Minister of the Interior. The Office oversees the reception centres for refugees and manages their operation. It plays a key role in the coordination of the activities of ministries, municipalities relating to refugees. It also develops good cooperation with NGOs in the field of accomodation, support and integration of refugees. It contributes to the representation of the Hungarian refugee policy and interest at the UNHCR, IOM, the Council of Europe as well as the fora of the Central-European Initiation and at other international meetings dealing with migrants and refugees.

- 3 -

From 1988 up to the end of 1992, some 120 thousand people sought for shelter in Hungary. Out of them some 5,300 persons received refugee status in accordance with the provisions of the Convention. Many of them, mainly ethnic Hungarians, were also naturalized.

## II.

### THE MAIN FEATURES AND EXPERIENCES OF THE RECENT REFUGEE MATTERS IN HUNGARY

When in the spring of 1989, Hungary was acceded to the Geneva Convention, and started to build up its basic legal and institutional system for receiving refugees, some 30 thousand Romanians, predominantly ethnic Hungarians, had already stayed in Hungary. In the summer of 1990, tens of thousands of East-German citizens arrived in Hungary with the intention to go to the Federal Republic of Germany via Hungary. In 1991, due to the outbreak of violence in Yugoslavia followed by armed conflicts, temporary shelter was requested en masse in Hungary. As a consequence of all these events, it can safely be said that since 1989, Hungary had to face extraordinary challenges as to the number, composition and intention of refugees. In 1988 and 1989, only from Romania and almost exclusively ethnic Hungarians from Transylvania had requested asylum in Hungary. Their number had reached about 31,000. Their purpose was to settle in the motherland and integrate into the society there. They requested and received the necessary support to fulfil their expectations. A decisive part of them became immigrants and almost 50 per cent of them applied for Hungarian citizenship.

- 4 -

Beginning with 1990, the number of the countries of origin had gradually increased. In addition of Romania, they included the states of the former Soviet Union, Albania, Turkey, etc. As a result of this phenomenon, the number of refugees from among ethnic Hungarians constituting previously the great majority of them, was reduced to 65 per cent of the arrivals by the beginning of 1991. In this period their settlement formed the most characteristic permanent solution for the refugees. Only some 2,000 persons had returned voluntarily to their countries of origin and some 6,000 people decided to leave further to a third country.

The summer of 1991 meant a newer change in the movement of refugees directed to Hungary. Several influxes of displaced people originated from former Yugoslavia who were forced to leave their countries applied for temporary shelter in Hungary. By the end of 1991, the number of the registered new arrivals, mainly from Croatia, reached 48,000 which was almost the total number of refugees applied for asylum in the previous three years all together.

With the escalation of armed conflicts in former Yugoslavia and the reduction of chances for safe return, the Office for Refugees, in addition of its three permanent reception centres, had to open temporary shelters for the accomodation and boarding of displaced people from former Yugoslavia. The health screening and care of arrivals with poor health condition and war trauma who wanted to get rid of violent actions meant a special responsibility. At this time, the system of support for displaced people living with individual Hungarian families was also created.

- 5 -

In 1992, the stormy pace of the former escapes from Yugoslavia had slowed down somewhat but the new arrivals still constituted the great bulk of asylum seekers in Hungary. Following the diplomatic recognition of Croatia, certain spontaneous return of displaced people has taken place. With the escalation of war to Bosnia-Herzegovina, in the second half of the year, the influxes of Bosnians, mainly Moslems, had started to Hungary. As a consequence of the prolongation of the Southern Slav crisis and the appearance of new factors, the prospect of safe return of the displaced persons have diminished. On the other hand, the problems of their accomodation and support grow worse. For this reason the drawing up of a new special project seems to be unavoidable.

### III.

#### THE SITUATION OF REFUGEES IN 1992

In 1992, altogether 16,204 persons requested shelter in Hungary. Their number from former Yugoslavia totaled to 15,021 persons (92 per cent).

Out of them:

47,5 per cent are Bosnian Moslems  
33,7 per cent are ethnic Hungarians  
11,7 per cent are Croatians  
2,9 per cent are Serbs  
4,2 per cent are others



- 6 -

Among them there are:

32 per cent of men  
38 per cent of women  
30 per cent of children

Out of the total number there are:

844 Romanian citizens (5,2 per cent)  
241 persons from the former Soviet Union (1,5 per cent)  
89 persons from other countries (0,6 per cent)

Out of the above, refugee status was given to 472  
persons

Calculated on the basis of an annual average, in Hungary's 3 permanent reception centres and 8 temporary shelters, 4,500 persons receive accomodation and boarding.

Some 10 - 11 thousand people had voluntarily returned home and some 5 - 6 thousand people had left for a third country.

The permanent reception centres and temporary shelters give full accomodation to the refugees. The displaced people staying with individual families receive HUF 500,-and HUF 100,- for food assistance and sanitary kits per week respectively. For the compensation of the individual families' public utilities costs they receive HUF 2,000,-or 3,000,- per month for the accomodation of every refugee family.

- 7 -

The Settlement Fund is partly utilized to encourage the integration of persons and families receiving refugee status by ensuring special grant and loans for buying their own houses or apartments. The registered refugees, asylum seekers and displaced people receive free health screening and care. Their children attend nurseries and primary and secondary schools where their native language is used.

The UNHCR financial contribution to the settlement and the accomodation of refugees in Hungary exceeded the amount of US\$ 9,000,000,- in 1992.

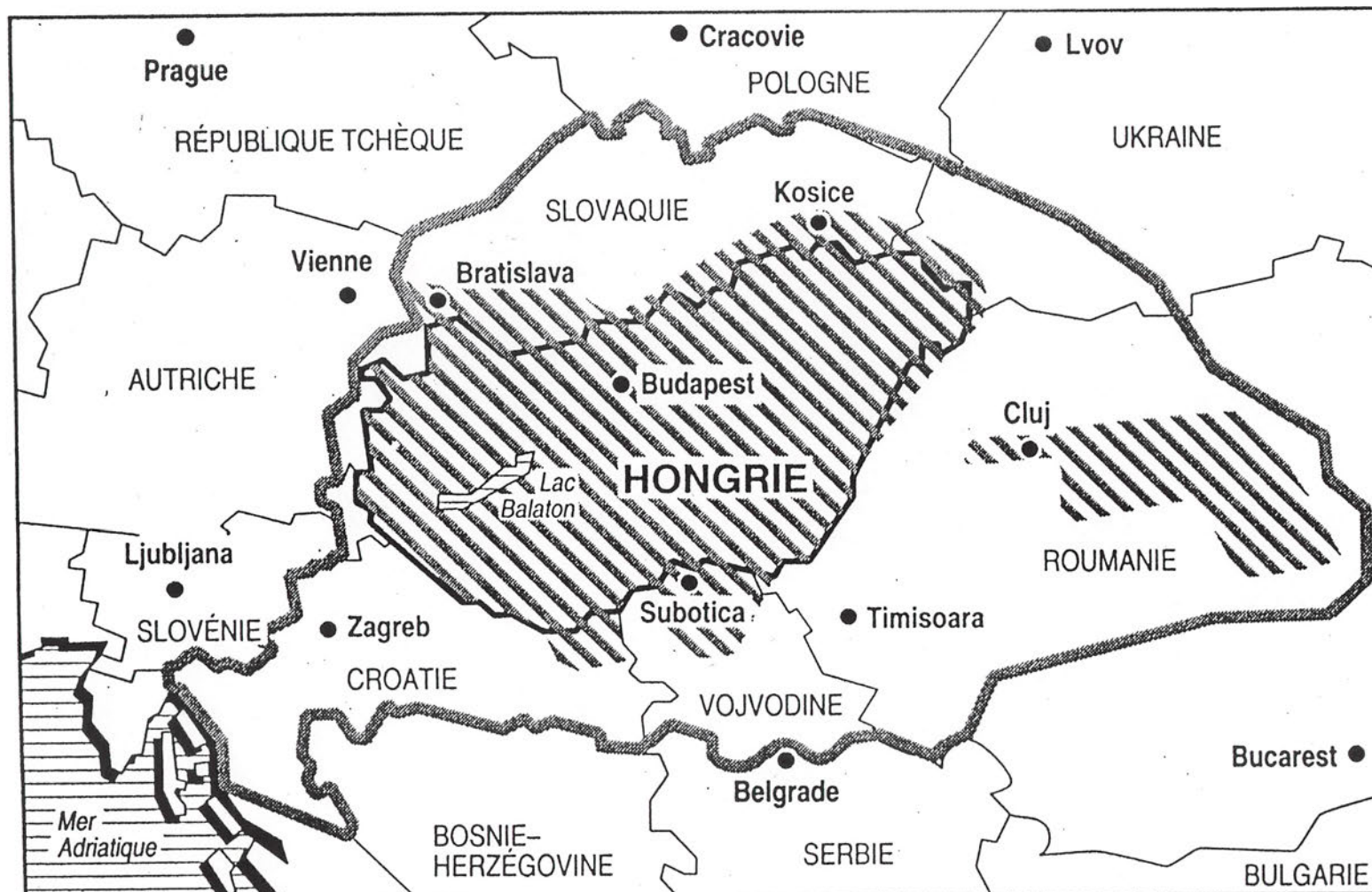
In spite of its increasing economic difficulties, the Hungarian population and the public opinion manifests its great sympathy and solidarity towards refugees staying in Hungary.

The Hungarian NGOs and individuals and foreign foundations donated some HUF 1,500,000,- and some US\$ 1,052,000,- respectively to assist refugees in 1992.

In addition, substancial assistance was received from foreign and Hungarian charity organizations in kind, mainly clothes food-products, pharmaceuticals, kitchen equipment, school supplies and toys.

Budapest, February 1993

Office for Refugees  
Ministry of Home Affairs  
Hungary



Frontières du royaume de Hongrie en 1914

Zones de forte implantation hongroise

Sources: Atlas des peuples d'Europe centrale, Editions La Découverte A. F. Solano (LNQ)

## ШВАЈЦАРСКИ СТРУЧЊАЦИ У ВЛАДИ СРБИЈЕ

## Међународна заједница игнорише потребе избеглица

ПОЛИТИКА

Belgrade, le 2.2.1993

Уз помоћ међународних организација до децембра прошле године покривано је свега 14 одсто потреба пола милиона избеглица који су уточиште нашли на територији Србије. – Готово трећина нису Срби

Комесар за избеглице Републике Србије Добрица Вуловић примио је јуче у влади Србије делегацију стручњака за питања избеглица из Министарства иностраних послова швајцарске владе. У дужем и исцрпном разговору са комесаром, гости из Швајцарске су се интересовали за проблеме прихвата и смештаја избеглица на територији Републике Србије, начин њиховог збрињавања, њихов положај и остваривање њихових људских права, као и за територијални распоред избеглица у Србији, наводи се у саопштењу достављеном из Министарства за информације Србије.

Међународна заједница већ дужи период на различите начине недовољно уважава па и игнорише проблеме положаја и потреба избеглица са територија бивших југословенских република у Србији, речено је у разговору. „Све до децембра прошле године уз помоћ међународних организација покривано је свега 14 одсто потреба више од пола милиона избеглица који су нашли уточиште на територији Србије, док су све остале њихове потребе подмириване преко Републичког комесаријата за избеглице, мерама владе, а највећим делом уз помоћ грађана, племенитошћу и добротинствима становника Србије у чијим је домаћинствима смештено 96 одсто избеглица, као и добротинствима Срба из света и деловањем националних хуманитарних организација”, обавестио је госте из Швајцарске комесар Добрица Вуловић, каже се у саопштењу.

Одговарајући на питања која се односе на људска права избеглица у Србији, он је најпре рекао да готово трећина избеглих лица на територији Србије нису Срби али да Комесаријат у решавању свих проблема избеглица полази са принципијелног становишта да људска несрећа и патња једнако погађају сваког човека. Третман свих избеглица у Србији је исти, сва избеглица уживају једнака права у сваком погледу – од здравствене заштите, школовања, смештаја, материјалног збрињавања.

У вези са питањима територијалног распоређивања избеглица у Србији, указано је, како се наводи, на веома неравномерну оптерећеност појединих општина у Србији, уз илустрацију примера општина Ада, Чока и Кањижа, где се број избеглица у односу на број становника креће од 0,1 до 0,5%, као и општине Мали Зворник где број избеглица достиже 73% у односу на број становника. Највише избеглица смештено је на територијама Београда, Новог Сада и општина које се граниче са територијама бивших југословенских република.

Комесар за избеглице Србије обавестио је госте из Швајцарске о изузетно доброј сарадњи Комесаријата са Високим комесаријатом ОУН за избеглице и УНИЦЕФ-ом, уз захвалност швајцарској влади и швајцарским хуманитарним организацијама за партиципацију и хуманитарну помоћ намењену избеглицама у Србији, речено је у овом саопштењу.

"Politika", Dienstag, den 2. Februar 1993

SCHWEIZERISCHE FACHLEUTE BEI DER SERBISCHEN REGIERUNG

**DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT IGNORIERT DIE BEDÜRFNISSE DER FLÜCHTLINGE**

**Mit Hilfe internationaler Organisationen wurden bis Dezember letzten Jahres insgesamt 14% des Bedarfs der halben Million Flüchtlinge gedeckt, die auf dem Territorium Serbiens Zuflucht fand. - Fast ein Drittel davon sind keine Serben**

Der Flüchtlingskommissar der Republik Serbien, Dobrica Vulovic, empfing gestern am Sitz der serbischen Regierung eine Delegation von Fachleuten für Flüchtlingsfragen aus dem Aussenministerium der Schweizer Regierung. In einem längeren und ausführlichen Gespräch mit dem Kommissar interessierten sich die Gäste aus der Schweiz für Probleme der Aufnahme und der Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Territorium der Republik Serbien, die Art ihrer Versorgung, ihre Lage und die Realisierung ihrer Menschenrechte sowie für die territoriale Verteilung der Flüchtlinge in Serbien, wie in einer Mitteilung des Informationsministeriums Serbiens angeführt wird.

Die internationale Gemeinschaft würdige auf verschiedene Weise schon seit längerer Zeit die Probleme der Lage und Bedürfnisse der Flüchtlinge aus den Territorien der ehemaligen jugoslawischen Republiken in Serbien ungenügend, ja ignoriere sie sogar, wurde im Gespräch gesagt. "Bis Dezember letzten Jahres wurden mit Hilfe internationaler Organisationen insgesamt 14% des Bedarfs der über eine halbe Million Flüchtlinge, die auf dem Territorium Serbiens Zuflucht fanden, gedeckt, während ihre gesamten übrigen Bedürfnisse via Republikskommissariat für Flüchtlinge mit Mitteln der Regierung und grösstenteils mit Hilfe der Bürger, dem Edelmut und der Wohltätigkeit der Einwohner Serbiens, in deren Haushalten 96% der Flüchtlinge untergebracht sind, sowie der Wohltätigkeit von Serben in aller Welt und der Aktivität nationaler humanitärer Organisationen befriedigt wurden", teilte der Kommissar Dobrica Vulovic den Gästen aus der Schweiz mit, wie in der Mitteilung gesagt wird.

Fragen beantwortend, die sich auf die Menschenrechte der Flüchtlinge in Serbien bezogen, sagte er einleitend, dass fast ein Drittel der Flüchtlinge auf dem Territorium Serbiens keine Serben seien, dass aber das Kommissariat bei der Lösung aller Probleme der Flüchtlinge vom prinzipiellen Standpunkt ausgehe, dass menschliches Unglück und Leiden jedermann gleichermassen treffe. Die Behandlung aller Flüchtlinge in Serbien sei die gleiche, alle genossen in jeder Hinsicht dieselben Rechte auf Gesundheitsversorgung, Schulbesuch, Unterbringung und materielle Versorgung.

Im Zusammenhang mit Fragen nach der territorialen Verteilung der Flüchtlinge in Serbien wurde darauf hingewiesen, dass die einzelnen Gemeinden in Serbien völlig ungleich belastet seien, wobei die Beispiele der Gemeinden Ada, Coka und Kanjiza hervorgehoben wurden, wo sich die Anzahl der Flüchtlinge im Verhältnis zur Einwohnerzahl zwischen 0,1 und 0,5% bewegt, sowie der Gemeinde Mali Zvornik, wo die Anzahl der Flüchtlinge 73% im Verhältnis zur Einwohnerzahl erreicht. Die meisten Flüchtlinge sind auf den Territorien Belgrads, Novi Sads und der Gemeinden, die an die Gebiete der ehemaligen jugoslawischen Republiken grenzen, untergebracht.

Der Flüchtlingskommissar Serbiens informierte die Gäste aus der Schweiz über die ausserordentlich gute Zusammenarbeit des Kommissariats mit dem UNHCR und der UNICEF und dankte der Schweizer Regierung und den Schweizer Hilfswerken für ihre Partizipation und humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in Serbien, wie in dieser Mitteilung gesagt wurde.

BORBA, 1e 2.2.1993  
Belgrade

ŠVAJCARSKI STRUČNJACI U VLADI SRBIJE

## Mala pomoć za pola miliona izbeglica

Beograd. — Republički komesar za izbeglice Dobrica Vulović primio je juče u Vladi Srbije delegaciju stručnjaka za pitanja izbeglica iz Ministarstva inostranih poslova Švajcarske, saopštio je Republičko ministarstvo za informisanje.

Gosti iz Švajcarske interesovali su se za probleme prihvata i smeštaja izbeglica na teritoriji Republike Srbije, način zbrinjavanja, njihov položaj i ostvarivanje, njihovih ljudskih prava, kao i za teritorijalni raspored izbeglica u Srbiji.

Međunarodna zajednica već

duže vremena nedovoljno uvažava pa i ignoriše probleme položaja i potreba izbeglica sa teritorija bivših jugoslovenskih republika u Srbiji, ukazao je Vulović.

On je precizirao da je do decembra prošle godine, uz pomoć međunarodnih organizacija, pokriveno svega 14 odsto potreba više od pola miliona izbeglica u Srbiji. Sve ostale potrebe podmirivane su preko Republičkog komesarijata za izbeglice, merama Vlade, a najvećim delom uz pomoć građana — dodao je Vulović.

"Borba", Dienstag, den 2. Februar 1993

SCHWEIZERISCHE FACHLEUTE BEI DER SERBISCHEN REGIERUNG

### WENIG HILFE FÜR DIE HALBE MILLION FLÜCHTLINGE

Belgrad. - Der Republikskommissar für Flüchtlinge, Dobrica Vulovic, empfing gestern am Sitz der serbischen Regierung eine Delegation von Fachleuten für Flüchtlingsfragen des schweizerischen Aussenministeriums, wie das Republikministerium für Information mitteilte.

Die Gäste aus der Schweiz interessierten sich für Probleme der Aufnahme und der Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Territorium der Republik Serbien, die Art ihrer Versorgung, ihre Lage und Realisierung, ihre Menschenrechte sowie für die territoriale Verteilung der Flüchtlinge in Serbien.

Die internationale Gemeinschaft würdigt die Probleme der Lage und Bedürfnisse der Flüchtlinge aus den Territorien der ehemaligen jugoslawischen Republiken in Serbien schon seit längerer Zeit in ungenügender Weise, ja ignoriert sie sogar, zeigte Vulovic auf.

Er präziserte, dass bis Dezember letzten Jahres mit Hilfe internationaler Organisationen insgesamt 14% des Bedarfs der über eine halbe Million Flüchtlinge in Serbien gedeckt wurden. Die gesamten übrigen Bedürfnisse wurden via Republikskommissariat für Flüchtlinge mit Mitteln der Regierung und grösstenteils mit Hilfe der Bürger befriedigt, wie Vulovic beifügte.

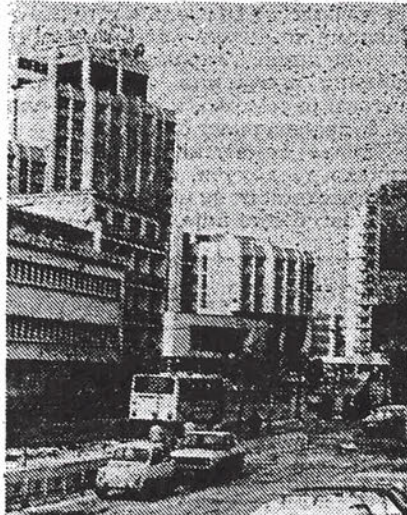


ДЕЛЕГАЦИЈА ИЗ БЕРНА У ПОСЕТИ КОСОВСКОМ ОКРУГУ

## Швајцарцима смета јавност

Шеф делегације, који се представио као „професионални журналиста“, затражио је да новинари не присуствују разговору са Милошем Симовићем, начелником овог округа

Приштина, 5. фебруара  
Делегација швајцарског града Берна, заинтересована за ниво остварења људских права и положај избеглица, боравила је данас у Приштини, где је од надлежних органа требало да добије одговоре на сва питања која чланове ове де-



Приштина

легације интересују. Међутим, до озбиљнијих разговора у Косовском округу није дошло због инсистирања чланова ове делегације да са разговара буду удаљени новинари, а да се касније, саопштењем или на конференцији за штампу, јавност упозна о току разговора.

Овај предлог није прихватио начелник округа др Милош Симовић, уз образложење да нема шта да се крије од јавности и да ниједна од четрдесетак парламентарних делегација и разних мисија, до сада, није инсистирала на одсуству новинара. Замерио је и вођи ове делегације господину Александру

Маркусу, који се представио као „професионални журналиста и помоћник координатора за избеглице у Берну“, што он као новинар инсистира на одсуству јавности.

Што се тиче питања која су оквирно поставили чланови поменуће делегације, могло се закључити да њих није много интересовао положај избеглица из бивших југословенских република; јер од шест хиљада избеглица три хиљаде нису ни Срби ни православци, већ су желели да разговарају о наводним избеглицама са Космета које се налазе у Швајцарској.

— Ми под избеглицама подразумевамо шест хиљада људи који су избегли из ратом захваћених подручја бивше Југославије и хиљаду избеглица из Албаније, који су смештени на Космету. А ако желите да разговарате о 50.000 Албанаца у Швајцарској и да их третирасте као избеглице, онда нема о чему да разговарамо. Ово је слободна земља и сви могу да ваде пасоше и да путују по свету. Када крену из земље, Албанци попуњавају картон у коме наводе да у иностранство путују ради запослења, а када стигну у Швајцарску тамо попуњавају још један картон у коме наводе да су избеглице и траже политички азил, казао је Симовић предочавајући гостима данашњи број листа „Зери“ у коме се у десетак огласа нуде путовања и запошљавање у Швајцарској, закључујући да је то прави одговор на питање ко исељава Албанце и да ли су они избеглице.

Пошто нису прихватили отворен разговор око поменутих питања, гости из Швајцарске су изразили жељу да посете неке правосудне институције; затворе и неке избеглице, у чему ће им, уз одговарајуће сагласности, бити удовољено.

М. Вујовић

"Politika", Samstag, den 6. Februar 1993

DELEGATION AUS BERN ZU BESUCH IN DER PROVINZ KOSOVO

DIE SCHWEIZER STÖRT DIE ÖFFENTLICHKEIT

Der Chef der Delegation, der sich als "professioneller Journalist" vorstellte, verlangte, dass keine Journalisten am Gespräch mit Miloš Simović, dem Provinzpräfekten, teilnehmen

Prishtina, den 5. Februar

Eine Delegation der schweizerischen Stadt Bern, die sich für das Niveau der Einhaltung der Menschenrechte und die Lage der Flüchtlinge interessierte, hielt sich heute in Prishtina auf, wo sie von den zuständigen Behörden verlangte, Antworten auf alle Fragen zu erhalten, die die Mitglieder dieser Delegation interessierten. Es kam indessen nicht zu ernsthaften Gesprächen in der Provinz Kosovo, weil die Mitglieder dieser Delegation insistierten, dass die Journalisten von den Gesprächen entfernt würden und dass die Öffentlichkeit später mittels einer Mitteilung oder einer Pressekonferenz über den Verlauf der Gespräche informiert würde.

Diesen Vorschlag akzeptierte der Provinzpräfekt, Dr. Miloš Simović, nicht, indem er erklärte, dass es keinen Grund gebe, sich vor der Öffentlichkeit zu verstecken, und dass keine einzige der ungefähr vierzig parlamentarischen Delegationen und verschiedenen Missionen bisher auf Abwesenheit von Journalisten insistiert hätte. Er verübelte des weiteren dem Leiter dieser Delegation, Herrn Alexander Markus, der sich vorgestellt hatte als "professioneller Journalist und Assistent des Koordinators für Flüchtlinge in Bern", dass er als Journalist auf Ausschluss der Öffentlichkeit insistierte.

Was die Fragen betrifft, die die Mitglieder der erwähnten Delegation am Rande stellten, kann geschlossen werden, dass sie die Lage der Flüchtlinge aus den ehemaligen jugoslawischen Republiken nicht sehr interessierte, weil von 6'000 Flüchtlingen 3'000 Serben und Orthodoxe sind, sie wünschten vielmehr über die angeblichen Flüchtlinge aus Kosovo und Metohija zu sprechen, die sich in der Schweiz befinden.

"Wir verstehen unter Flüchtlingen 6'000 Menschen, die aus den vom Krieg erfassten Gebieten des ehemaligen Jugoslawien geflüchtet sind, und 1'000 Flüchtlinge aus Albanien, die in Kosovo und Metohija untergebracht sind. Und wenn Sie über die 50'000 Albaner in der Schweiz zu sprechen wünschen und wenn Sie sie als Flüchtlinge behandeln, dann gibt es zwischen uns keinen Gesprächsgegenstand. Dies hier ist ein freies Land, in dem alle einen Pass bekommen und durch die Welt reisen können.

Wenn sie aus dem Land ausreisen, dann füllen die Albaner einen Zettel aus, auf dem sie angeben, dass sie als Arbeiter ins Ausland reisen, wenn sie aber in der Schweiz ankommen, dann füllen sie erneut einen Zettel aus, auf dem sie anführen, dass sie Flüchtlinge seien und politisches Asyl verlangten", sagte Simović, indem er den Gästen die heutige Nummer der Zeitung "Zeri" vor Augen hielt, in der in ungefähr zehn Inseraten Reisen und Beschäftigung in der Schweiz angeboten werden, und er kam zum Schluss, dass das die richtige Antwort auf die Frage sei, wer die Albaner vertreibe und ob sie Flüchtlinge seien.

Weil sie diese offene Antwort auf die erwähnten Fragen nicht akzeptierten, drückten die Gäste aus der Schweiz den Wunsch aus, eine Gerichtsinstitution, ein Gefängnis und Flüchtlinge zu besuchen, welchem bei entsprechendem Einverständnis entsprochen werden wird.

**БОРБА**  
**СУБОТА-НЕДЕЉА 6-7. 2. 1993.**

ДЕЛЕГАЦИЈА ШВАЈЦАРСКОГ МИНИСТАРСТВА ЗА ИЗБЕГЛИЦЕ НА КОСМЕТУ

## Предусретљивост без одговора

Приштина. — Четворочлана делегација швајцарског министарства за избеглице, коју предводи Александер Маркус, одбила је да у присуству новинара разговара са представницима косовског округа и републичких министарстава, иако је њен први човек, како се представио, новинар.

Начелник косовског округа Милош Симовић је гостима обезбедио да на Космету виде шта желе и разговарају са ким хоће. Омогућено им је да, ако неће да виде избеглице српске националности, онда обиђу избеглице Хрвате и Муслимане из Хрватске и Босне који су

смештени на Космету, а којих је готово три хиљаде.

Сви покушаји домаћина да гостима одговоре на све остали су узалудни, јер су представнике швајцарског министарства интересовале само избеглице — Албанци са Косом у Швајцарској. Када им је домаћин предочио, показавши им само један број „Зерија“ у коме се у 10 огласа рекламира одвођење Албанаца посредством албанских Агенција у Швајцарску са радним визама, које им се на граници мењају за избегличке, гости су изгубили снаго интересовање да и о томе разговарају. **М. А.**

"Borba", Samstag, den 6.2.1993

DELEGATION DES SCHWEIZERISCHEN MINISTERIUMS FÜR FLÜCHTLINGE IN KOSOVO  
UND METOHIJA

ZUVORKOMMENHEIT OHNE ANTWORT

Prishtina.

Eine vierköpfige Delegation des schweizerischen Ministeriums für Flüchtlinge, die angeführt wurde von **Alexander Markus**, lehnte ab, in Anwesenheit von Journalisten mit den Vertretern der Provinz Kosovo und der Republikministerien zu sprechen, obwohl ihr Leiter, wie er sich vorstellte, Journalist ist.

Der Präfekt der Provinz Kosovo, Miloš Simović, sicherte den Gästen zu, dass sie in Kosovo und Metohija sehen könnten, was sie wünschten, und sprechen könnten, mit wem sie wollten. Es wurde ihnen ermöglicht, dass sie, wenn sie schon keine Flüchtlinge serbischer Nationalität sehen wollten, kroatische und moslemische Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien, die in Kosovo und Metohija untergebracht sind und von denen es fast 3'000 gibt, besuchen können.

Alle Versuche des Hausherrn, den Gästen auf alles zu antworten, blieben vergeblich, weil die Repräsentanten des schweizerischen Ministeriums sich nur für eine Art Flüchtlinge interessierten - die Albaner aus Kosovo in der Schweiz. Als der Hausherr ihnen "Zeri" vorlegte, von der er ihnen nur eine Nummer zeigte, in der in zehn Anzeigen die Auswanderung von Albanern mittels albanischer Agenturen in die Schweiz mit Arbeitsvisa propagiert wird, die ihnen dann an der Grenze zu Flüchtlingsvisa umgewandelt werden, verloren die Gäste jegliches Interesse, auch darüber zu sprechen.

ЈЕДИНСТВО \* Субота-недеља, 6-7. фебруар 1993.

## Дневник 3

ШВАЈЦАРСКА ДЕЛЕГАЦИЈА КОД НАЧЕЛНИКА  
КОСОВСКОГ ОКРУГА

# Ко »протерује« Албанце

Гостима из Швајцарске су на лицу места достављени и примерци албанског »Зерија« који масовно позива Албанце на одлазак у Швајцарску а који се касније представљају као избеглице

Начелник Косовског округа господин Милош Симовић разговарао је јуче са делегацијом Швајцарске о избеглицама и људским правима. Члан делегације Александар Маркус инсистирао је на томе да разговори буду обављени без представника средстава информисања, не образлажући свој захтев. Начелник Округа био је, међутим, против таквог захтева, напомињући да истину не треба крити од јавности. Симовић је истовремено изразио чуђење што господин Маркус, који је у делегацији у својству представника новинарства, толико зазире од посленика јавне речи.

Симовић се сагласио са захтевом делегације да заједно са повереницима Комесаријата за избеглице посете објекте у којима су збринуте избеглице из свих делова бивше Југославије. Он је, такође,

саопштио гостима да је добро позната чињеница да Албанци Швајцарској редовно шаљу своје пропагандне брошуре о наводном угрожавању људских права. Представницима делегације достављени су примерци албанског гласила »Зери« које позива велики број Албанаца на одлазак у Швајцарску.

– Ово је слободна земља у којој свако може добити пасош или визу, али Албанци попуњавају још један специјални картон–за рад у иностранству, а пошто стигну у Швајцарску на картону се појави и натпис који их представља као азиланте–избеглице – нагласио је Симовић и додао да је то управо одговор на питање ко и зашто исељава Албанце са Косова у Швајцарску и друге земље.

Сл. М.

"Jedinstvo", Samstag, den 6. Februar 1993

SCHWEIZERISCHE DELEGATION BEIM PRÄFEKTEN DER PROVINZ KOSOVO

#### WER "VERTREIBT" DIE ALBANER?

Den Gästen aus der Schweiz wurden an Ort und Stelle Exemplare der albanischen Zeitschrift "ZERI" ausgehändigt, in denen die Albaner massenhaft zur Ausreise in die Schweiz aufgefordert werden und die später als Flüchtlinge auftreten

Der Präfekt der Provinz Kosovo, Herr **Miloš Simović**, sprach gestern mit einer Schweizer Delegation über Flüchtlinge und Menschenrechte. Ein Mitglied der Delegation, **Alexander Markus**, insistierte, dass die Gespräche ohne Vertreter der Massenmedien stattfinden, ohne dass er sein Verlangen begründete. Der Provinzpräfekt indessen stellte sich gegen ein derartiges Verlangen, indem er erwähnte, dass die Wahrheit nicht vor der Öffentlichkeit versteckt zu werden brauche. Simović drückte gleichzeitig seine Verwunderung darüber aus, dass Herr Markus, der sich in der Delegation in der Eigenschaft eines Journalistenvertreters befindet, sich dermassen vor den Vertretern des öffentlichen Wortes scheute.

Simović erklärte sich mit dem Wunsch der Delegation einverstanden, gemeinsam mit den Beauftragten des Kommissariats für Flüchtlinge Objekte zu besuchen, in welchen Flüchtlinge aus allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien betreut werden. Er teilte den Gästen des weiteren mit, dass es eine wohlbekannte Tatsache sei, dass die Albaner regelmässig ihre Propagandabroschüren in die Schweiz schickten, in denen von einer angeblichen Bedrohung der Menschenrechte die Rede sei. Den Mitgliedern der Delegation wurden Exemplare der albanischen Publikation "Zeri" ausgehändigt, in der eine grosse Zahl von Albanern zur Ausreise in die Schweiz aufgerufen wird.

"Dies hier ist ein freies Land, in dem jeder einen Pass erhalten kann oder ein Visum, aber die Albaner füllen noch einen speziellen Zettel aus für die Arbeit im Ausland, sobald sie jedoch in der Schweiz ankommen, erscheint auf dem Zettel eine Ueberschrift, die sie als Asylanten-Flüchtlinge präsentiert", sagte Simović und fügte hinzu, dass dies die einzig richtige Antwort auf die Frage sei, wer die Albaner aus Kosovo aus welchem Grund in die Schweiz und andere Länder aussiedle.

**ЕКСПРЕС****АКТУЕЛНЕ ТЕМЕ**

СУБОТА 6. ФЕБРУАР 1993.

7

**Швајцарска делегација у Приштини  
КО СУ ИЗБЕГЛИЦЕ**

Истичући да их интересује „ниво остварења људских права и положај избеглица“, четворочлана делегација швајцарског града Берна јуче се у Приштини обратила начелнику Косовског округа др Милошу Симовићу, који је показао спремност да им, са својим сарадницима и стручњацима за одређене области, пружи одговоре на сва питања. Међутим, због упорног инсистирања Швајцараца да новинари напусте разговоре, они практично нису одржани.

Швајцарци су, заправо, наумили да покрену питање „избеглица“ с Космета, које се налазе у Швајцарској, што је Симовић прокоментарисао речима:

– Под избеглицама подразумевамо само 6.000 људи из ратом захваћених подручја бивше Југославије, као и хиљаду избеглица из Албаније. Сви они нашли су уточиште на Космету, а ако желите да разговарате у вези са 50 хиљада Шиптара у Швајцарској и да их третирасте као „избеглице“, онда – немамо о чему да разговарамо! Јер сви могу да добију пасоше и путују по свету. Што се тиче Шиптара, они у картон уписују да у иностранство путују због – посла.

Међутим, рекао је јуче швајцарској делегацији др Милош Симовић, Шиптари у Швајцарској попуњавају још један картон, где наводе да су – избеглице и траже „политички азил“. Том приликом, Симовић је Швајцарцима предочио јучерашњи број шиптарског гласила „Зери“ („Глас“) који је објавио десетак оглаза за запошљавање у Швајцарској, што демантује тврдње да су Шиптари у тој земљи – „избеглице“.

Р. Негојевић



"Ekspres", Samstag, den 6. Februar 1993

## SCHWEIZERISCHE DELEGATION IN PRISHTINA

### WER SIND DIE FLÜCHTLINGE?

Indem sie betonte, dass sie "das Niveau der Einhaltung der Menschenrechte und die Lage der Flüchtlinge" interessiere, wandte sich eine vierköpfige Delegation der schweizerischen Stadt Bern gestern in Prishtina an den Präfekten der Provinz Kosovo, Dr. Miloš Simović, der die Bereitschaft signalisierte, ihnen mit seinen Mitarbeitern und Fachleuten aus bestimmten Fachbereichen Antworten auf alle Fragen zu geben. Infolge des hartnäckigen Insistierens der Schweizer, dass die Journalisten die Gespräche verliessen, fanden diese jedoch praktisch nicht statt.

Die Schweizer hatten eigentlich beabsichtigt, die Frage der "Flüchtlinge" aus Kosovo und Metohija aufzuwerfen, die sich in der Schweiz befinden, was Simović abschliessend mit den folgenden Worten kommentierte: "Unter Flüchtlingen verstehen wir lediglich die 6'000 Menschen aus den vom Krieg erfassten Gebieten des ehemaligen Jugoslawien, ebenso wie die 1'000 Flüchtlinge aus Albanien. Sie alle haben Zuflucht in Kosovo und Metohija gefunden, und wenn Sie über die 50'000 Skipetaren in der Schweiz zu sprechen wünschen und wenn Sie sie als "Flüchtlinge" behandeln, dann gibt es für uns keinen Gesprächsgegenstand! Alle können nämlich Pässe erhalten und durch die Welt reisen. Was die Skipetaren betrifft, so schreiben sie auf ihren Zettel, dass sie ins Ausland reisen wegen Arbeit. Stattdessen", sagte gestern Dr. Miloš Simović der Schweizer Delegation, "füllen die Skipetaren in der Schweiz noch einen Zettel aus, auf dem sie anführen, dass sie Flüchtlinge seien und "politisches Asyl" verlangten."

Bei dieser Gelegenheit führte Simović den Schweizern die gestrige Ausgabe der skipetarischen Publikation "Zeri" vor Augen, die ungefähr 10 Inserate veröffentlicht hatte für Beschäftigung in der Schweiz, was die Behauptung dementiert, dass die Skipetaren in jenem Land "Flüchtlinge" seien.

**Kopienverteiler:**EJPD

- Herrn Bundesrat Arnold Koller
- Generalsekretariat
- Bundesamt für Ausländerfragen
- Bundesamt für Flüchtlinge:
  - . Mitglieder DIR
  - . Mitglieder HABR-HAV
  - . SCs/SCinnen HAV
  - . Sektion Länderinformation und Lageanalyse (3 Ex.)
  - . Aer (3 Ex.)
  - . Bto (3 Ex.)

EDA

- Herrn Staatssekretär Jakob Kellenberger
- Generalsekretariat
- Direktion für internationale Organisationen
- Direktion für Völkerrecht
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
- Schweiz. Katastrophenhilfekorps, Sektion humanitäre und Nahrungsmittelhilfe
- Politische Abteilung I
- Politische Abteilung III
- Politisches Sekretariat
- Europaratsdienst
- Schweiz. Botschaft Belgrad
- Schweiz. Botschaft Budapest
- Schweiz. Botschaft Zagreb
- Schweiz. Botschaft Tirana

- Ständige Mission bei den internat. Organisationen in Genf
- AM (12 Ex.)

EVD

- Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
  
- Schweiz. Asylrekurskommission